

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die maßgebendste Anzeigenliste über deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer.

Berlin und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Kompromiß im Werden

(CP.) Paris, 13. September. In hiesigen politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der Garantien für die deutschen Schatzscheine gerechnet. Die von Deutschland verlangte Prolongierung soll gewährt werden, aber nicht auf 18 Monate, sondern auf ein Jahr. Die belgischen, italienischen und englischen Delegierten haben diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Man erklärte, daß auch Poincaré diesen Vorschlag billigen wird, um so mehr als der Wunsch vorherrscht, zur Krise im nahen Orient nicht auch noch eine neue Reparationskrise zu schaffen. Eine Regelung wird von der französischen Regierung, wie man in hiesigen Kreisen erklärt, auch deshalb gewünscht, weil eine neue Reparationskrise das Einverständnis der Völker kommen außerordentlich beeinträchtigen würde.

Umwandlung der Schuld

London, 13. September. Der Pariser Berichtslatter der „Times“ meldet, in Paris erhalte sich hartnäckig das Gerücht, daß Vertreter britischer und holländischer Banken sich vielleicht nach Paris begeben werden, um mit der Reparationskommission zu beraten, wie man einen Weg zur Umwandlung der deutschen Schuld an Belgien in eine mehr kommerzielle Form finden könne.

Die Stimmung in Paris

(DN.) Paris, 13. September. Die Franzosen haben im Augenblick reges Interesse an den Vorgängen auf dem griechisch-türkischen Kriegsschauplatz und scheinen großen Wert darauf zu legen, daß in der Reparationsfrage nicht gerade jetzt eine erneute Spannung eintritt. Es liegt also auch Frankreich an einer glatten Erledigung der jetzigen Verhandlung, um so mehr, als erst auf Grund des Ergebnisses der jetzigen Verhandlungen von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage die Rede sein kann. Man scheint sich hier auch darüber klar zu sein, daß die Herausgabe des Golddepots der Reichsbank nur einen weiteren Marksturz herbeiführen würde und daß andererseits ein Sondervergehen Frankreichs, wie z. B. die Befreiung des Ruhrreviers auf den Widerstand gewisser politischer Kreise Frankreichs stehen müßte. In erster Linie würden sich die Arbeiter, aber auch die Bewohner des zerstörten Gebietes gegen einen solchen Schritt wehren, weil dadurch von vornherein das Stinnes-Luberjac-Abkommen gefährdet werden würde. Inmerhin liegt aber kein Grund zu einem großen Optimismus vor, was die Reparationskommission sagen wird, ist noch voll-

kommen ungewiß, Tatsache ist nur, daß sich auch in Paris die vernünftigen Ansichten allmählich durchzusetzen scheinen.

Die Ausgleichssumme aufgebracht

Die Reichsregierung hat, wie die „Dena“ erfährt, Mittel und Wege gefunden, die am 15. September fällige Rate der Ausgleichszahlungen in Höhe von 40 Millionen Goldmark aufzubringen. Bekanntlich ist von den Alliierten in einer gemeinsamen Note vom 17. August gefordert worden, die August-Rücklage am 15. September zu begleichen. Dieser fällige Betrag ist von der deutschen Regierung bereits zu einem Viertel geleistet worden, so daß am Freitag noch 30 Millionen Goldmark zu bezahlen sind. Davon werden auf Frankreich 20 Millionen Gold-Francs entfallen, der Rest auf die übrigen Alliierten. Mit der Leistung der September-Rate tritt noch Mitteilung der Alliierten in der erwähnten Note das Ausgleichsabkommen vom 10. Juni 1921 außer Kraft. Es sollen dann von den einzelnen alliierten Staaten soweit sie am Ausgleichsverfahren interessiert sind, Einzel-Ausgleichsverträge mit Deutschland abschließen werden. Um die Form dieses Vertrages festzulegen, werden noch den bisherigen Dispositionen die Alliierten Ausgleichsamter im Oktober in Rom eine Generalkonferenz abhalten, die für die weitere Gestaltung des Ausgleichsverfahrens und der Zahlungen aus Urteilen der gemischten Schiedsgerichte entscheidend sein wird.

Berlin, 13. September. Wie wir erfahren, hat die Deutsche Regierung der Britischen und Französischen Regierung mitteilen lassen, daß am 18. September eine weitere Zahlung von 500 000 Pfund auf die Clearingrate vom 15. August erfolgen wird. Die Bereitstellung dieses Betrages ist durch das Entgegenkommen der Reichsbank ermöglicht und geschieht mit Rücksicht auf das von der Deutschen Regierung den Alliierten früher gemachte Angebot, einen derartigen Betrag für das Clearing monatlich verfügbar zu machen. Der verbleibende Restbetrag der Clearingrate vom 15. August wird den Alliierten übermittelt werden, sobald es die Verhältnisse zulassen.

Gesuch um Zahlungsausschub

(CP.) Paris, 13. September. Wie der „Temps“ meldet, setzen heute die aus Berlin eingetroffenen Herren Staatssekretär Bergmann und Dr. Fischer vor der Reparationskommission auseinander, aus welchen Gründen die Berliner Verhandlungen gescheitert seien. Gleichzeitig erbat die Vertreter Deutschlands eine Verlängerung der Fristen für die Sechsmonatsschuldwechsel, die Deutschland für die Zahlungen am 15. August und am 15. September der belgischen Regierung zu übergeben hat.

Dr. Bergmann und Dr. Fischer hatten im Laufe des heutigen Tages eine Reihe privater Besprechungen, u. a. mit John Bradburn, Delacroix, Bemelmans, Salvaço Raaga und mit Manclère.

Parteigenossen und Genossinnen

Vorbehaltlich der Zustimmung der Parteitage von Augsburg und Gera berufen die unterzeichneten Vorstände zum 24. September, vormittags 9 Uhr, nach dem Hertule-Phelodrom in Nürnberg einen gemeinsamen Parteitag ein, zu dem jeder der beiden Parteitage bis 150 Vertreter zu entsenden berechtigt ist.

Tagesordnung:

Die Einigung der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, den 13. September 1922.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Was die Türken fordern

(CP.) Rom, 13. September. Hamid Bey, der Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel, hat dem Vertreter der „Tribuna“ erklärt, die interalliierte Besetzung Konstantinopels und der Dardanellen werde nicht ewig dauern. Er mache sich keine Illusionen über die Zukunft Englands an, auch verkenne er nicht die britische Vorherrschaft zur See, England müsse sich aber daran erinnern, daß es sich um unser Weltklima handelt, und es auf der Welt 300 Millionen Muselmanen gibt. Die militärische Besetzung Konstantinopels müsse aufhören, sobald die Türkei ihren Frieden erlangt habe. Die Türken werden die Kontrolle dulden, auch werden sie nicht auf ihre Unabhängigkeit verzichten. Die Friedensbedingungen für Griechenland seien im Nationalpakt niedergelegt, wonach 1. die Verteilung des Gebietes des osmanischen Reiches durch eine neue Volksabstimmung geregelt werden soll, 2. soll in den Sandstabs-Lands, Ardagan und Baidam eine neue

Volksabstimmung stattfinden. 3. Eine Konferenz der beteiligten Kreise und der Türkei wird die Fragen der Meerengen und des Welt Handels regeln. 4. Die Minderheitsfrage wird von den Türken wie in allen anderen Ländern geregelt werden. 5. Für die nationale und wirtschaftliche Entwicklung der Parteien wird volle Unabhängigkeit verlangt. Der Gang aller Verhandlungen wird von der völligen Räumung Anatoliens und Thraziens abhängen.

Ueberraschung über Belgiens Haltung

(DN.) Die belgische Forderung auf die Abgabe einer Garantie von 100 Millionen Goldmark ist hier völlig überraschend gekommen. Wie die „Dena“ erfährt, waren nicht nur die Regierung, sondern auch die Berliner politischen Kreise über die Forderung Belgiens sehr erstaunt. Die Verhandlungen mit Delacroix und Bemelmans hatten ganz klar und deutlich erwiesen, daß die belgischen Delegierten mit dem deutschen Vorschlag einverstanden waren, und daß sie sich davon überzeugt hatten, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine Goldgarantie zu geben. Es war in hiesigen politischen Kreisen auch bekannt, daß der belgische Ministerpräsident Thémis gegen den deutschen Vorschlag nichts einzuwenden hatte. Um so mehr muß daher eine solche Entscheidung überraschend und man findet dafür keine andere Erklärung, als daß irgendwelche äußeren Ereignisse, vielleicht die Lage im nahen Orient, auf die belgische Regierung eingewirkt haben. Von französischer Seite wird eine Einmischung in die belgisch-deutsche Angelegenheit ganz energisch in Abrede gestellt und erklärt, daß Frankreich in keiner Weise in diese Angelegenheit eingegriffen habe.

Mit der neuen Verschärfung der Krise scheint auch eine Meldung aus Paris zusammenzuführen, die besagt, daß Pierpont Morgan sich Anfang Oktober wieder nach Paris begeben werde, daß es aber unbekannt sei, ob er weitere Besprechungen wegen einer internationalen Anleihe noch für nötig halte. Die Sitzung der Reparationskommission, in der über die deutschen Garantievorschläge entschieden werden soll, wird am Donnerstag vormittag stattfinden. Bis dahin wird man sich gedulden müssen.

Heilsprediger Stegerwald

Stegerwald, weiland preussischer Ministerpräsident ungeliebten Angedenkens, gebärdet sich seit einiger Zeit als Verkünder neuer politischer Heilslehren. Was er verkündet, ist jedoch belleibig nicht neu, sondern im Grunde genommen nur eine weitere Variation der so oft verübenden Weisheit von der Harmonie der Klassen. Die heutige Demokratie gefällt ihm nicht. Die Demokratie, die er erstrebt, soll so aussehen:

„Die Parteien sollen künftig nicht Vertreter einzelner Interessentengruppen oder bestimmter Volksschichten sein, wie sie das in der Vergangenheit in Deutschland überwiegend waren. Sie sollen sich vielmehr zur Vertretung großer Staatsprinzipien und der kulturellen und geistigen Strömungen innerhalb des Volkskörpers ausbilden. Neben den politischen Parteien soll die ständisch bzw. beruflich gegliederte organisierte Wirtschaft verantwortlich in den Staatsorganismus eingebaut werden. Dann erst, wenn politische Parteien und organisierte Wirtschaft, beide zur Verantwortung herangezogen und sich gegenseitig regulieren, besteht die Gewähr, daß nicht, wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Plutokratie, sondern tatsächlich die schaffende Arbeit im Staatsleben beherrschend und dauernd zur Geltung kommt.“

Die Parteien sollen sich zur Vertretung großer Staatsprinzipien und der kulturellen und geistigen Strömungen innerhalb des Volkskörpers ausbilden. Wir haben zwar solche Vertretungen bereits. Das sind die sozialistischen Parteien. Aber gerade diese gefallen Herrn Stegerwald am allerwenigsten. Gerade gegen sie ist ein gut Teil seiner Argumente gerichtet. Was er im übrigen in diesem Zusammenhang fordert, ist nicht eine Abwehr der Plutokratie, sondern längst sogar auf eine weitere gewaltige Steigerung der plutokratischen Macht hinaus. Er sagt zwar nicht, daß die „ständisch bzw. beruflich gegliederte organisierte Wirtschaft“ paritätisch in den Staatsorganismus eingegliedert werden soll. Das aber vermag wohl keinen darüber hinwegzutäuschen, daß er es so meint. Durch diese paritätische Eingliederung würde die Macht des Geldsacks im Staate noch weiter gestärkt, obwohl sie schon jetzt ein geradezu erdrückendes Übergewicht erlangt hat. Mit schönen Worten und weisen Lehren ist hier nichts getan. Hier entscheiden, so brutal das klingen mag, die auf's äußerste angespannten Machtfaktoren der sich im Kampfe gegenüberstehenden Klassen. Die schönste Verfassung wird zu einem wertlosen Fetzen Papier, wenn sie den wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen der Klassen im Staate zuwiderläuft. Herrn Stegerwald wäre die Lektüre der allerdings schon vor mehr als einem halben Jahrhundert gehaltenen Rede Lassalles über Verfassungsfragen zu empfehlen. Er würde dann wenigstens die Möglichkeit haben, zu erfassen, welche Rolle Stinnes und seinesgleichen auch verfassungspolitisch spielen, ganz gleich, ob eine Verfassung ein demokratisches, monarchistisches oder was sonst für ein Siegel trägt.

Was aber gab Herrn Stegerwald den Anlaß zu dieser Weisheitsfräse? Es bedarf nicht vieler Anstrengungen, diese Ruß zum Krachen zu bringen. Hier der Kern:

„Notwendig ist in Deutschland eine Parlamentarität und eine Koalition, die dafür Gewähr bietet, daß beim deutschen Wiederaufbau sowohl die staatspolitischen, wie auch die sozialen Belange abührend wahrgenommen werden. Dafür bieten die aus 180 Sozialdemokraten, 70 Zentrumsmännern und 40 Deutschdemokraten zusammengesetzte Regierungskoalition nicht die Gewähr.“ ... der Sozialdemokratie, die in 50-jähriger Geschichte gegen den Staat und mit Klassenkämpferischen Attentatsproben groß geworden ist, können lediglich die sozialpolitischen Belange wahrgenommen werden. Die Sozialpolitik baut aber auf die Dauer in die Luft, wenn nicht erst wieder sehr staatspolitisch und wirtschaftliche Fundamente abgebaut werden. ... aber den rein auf Attentat eingerichteten Sozialistischen Massen der Stumm; sie sehen in dem Staat lediglich soziale politische Attentatsmittel. Diese Tatsache tritt verstärkt in Erscheinung in derselben Stunde, in der eine Verschmelzung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängiger Sozialdemokratie aufkande kommt, wodurch der hoch autoritäre Teil der Sozialdemokratie eine bedeutende Verhärtung erfährt.“

Das ist so ziemlich dasselbe, was man früher von konservativer und nationalliberaler Seite zu hören bekam. Und verstärkt wird es noch dadurch, daß Herr Stegerwald sich zugleich gegen den „schematischen Achtstundentag“ wendet. Das Schema vom schematischen Achtstundentag ist bereits stark abgegriffen. Und wenn Herr Stegerwald zum Beweise dafür, daß wir „auf schematischen Achtstundentag franken“, betont, in Branereien, Schnapsbrennereien, Zigarettenfabriken, Konditoreien werde zu lange, in den Bergwerken und im Transportgewerbe im Hinblick auf unser Volk und

kurz gearbeitet, so heißt das denn doch wohl das staats-
retterische Röß von den Zeichenwagen spannen, auf dem
die durch Ueberarbeit zugrunde gerichteten Arbeiter zu
Grabe gefahren werden.

Und für eine solche Politik will Herr Stegerwald
eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wissen. Seine
Gleichgewichtspolitik erfordert die Einbeziehung der
Deutschen Volkspartei in die Koalition. Achtzig bis
neunzig Prozent der Zentrumsleute und Demokraten
sind Gegner einer Koalition ohne die Deutsche Volkspartei.
Sie sagen nach Stegerwald: „Lieber möge die
Sozialdemokratie allein die Regierung bilden und damit
ihren agitatorisch eingestellten Anhang praktisch
beweisen, daß sie dazu nicht in der Lage ist.“

Stegerwald hat Recht. Leicht würde es ihr nicht
gemacht. Gegenwärtig findet jede Regierung mehr
Schwierigkeiten vor, als sie meistern kann. Das liegt
daran, daß ihr nicht nur innenpolitisch die größten
Aufgaben gestellt sind und ihr angesichts der mangelnden
Machtfondolidierung des Staates die größten
Widerstände bereitet werden, sondern außerdem alle
ihre Maßnahmen auch von außenpolitischen Wir-
kungen gefolgt und durchkreuzt werden. Diese Tat-
sachen würde man weidlich gegen eine Arbeiterregie-
rung nutzen. Aber eine bürgerliche Koalition würde
nicht minder Schiffbruch leiden, weil sie auch die Kreise
mit einbeziehen müßte, die sich in außenpolitischen
Provokationen und arbeiterfeindlichen Maximen selbst
überbieten und damit alles zu Bruch bringen würden.

Doch lassen wir Herrn Stegerwald zum Schluß
kommen. Er stellt für seine „starke Arbeitsgemein-
schaft“, die er schon heute für möglich hält, folgendes
Programm auf:

1. Die Republik ist die Staatsform, von der beim
deutschen Wiederaufbau auszugehen ist. Alle gegen sie ge-
richteten Bestrebungen sind auf das Nachdrücklichste zu be-
kämpfen.

2. Es ist eine aktive Außenpolitik zu betreiben, die zum
Ziele hat a) die Gewährung eines langfristigen Mora-
toriums für Deutschland, b) die Revision des Versailler
Vertrages auf einen an die tatsächliche Leistungsfähigkeit
und Leistungsabwärtigkeit Deutschlands angepaßten Stand.

3. Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich durch
eine totale Politik. Die Lohn- und Gehaltsdemagogie
stellen die weitestgehende Mehrheit des Volkes und einen
bedenklichen Faktor für den Wiederaufbau dar. Sie sind
auf allen Gebieten in Staat und Wirtschaft angemessen zur
Mitwirkung heranzuziehen.

4. Die deutsche Wirtschaft ist den Notwendigkeiten der
Stunde entsprechend umzustalten. Die Steigerung der
Kohle-, Stickstoff- und Proteinfabrikation ist nachdrück-
lich zu fördern. Der Verbesserung der Technik und den
sozialen Einrichtungen in der Industrie ist größte
Sorgfalt zuwenden. Die Einföhrung nichtlebensnotwen-
diger Gegenstände vom Ausland (Zigaretten, Weine, Liköre,
Pilsener Bier, Schokolade usw.) ist zu unterbinden. Die
organisierte Wirtschaft ist angemessen zur Verantwortung
an staatlichen und wirtschaftlichen Geschehnissen heranzuziehen.

5. Die deutsche Innenpolitik verfolgt insgesamt das Ziel,
das öffentliche Leben von Schiebern und Wüdemern und von
dem engherzigen, egoistischen, politischen und wirtschaftlichen
Interessentumult zu entlasten und das deutsche Volk in allen
Sphären und Wirtschaftszweigen zu einer gegenständlichen
Leistungsgemeinschaft zu erziehen.

Wenn man's so liebt, mag's leidlich scheinen. Aller-
dings ein bißchen reichlich wenig ist's dennoch. Aber
so wenig es ist, wenn es ans Ausführen ginge, würden
sich dennoch so viele Schwierigkeiten aufstürmen, daß
darüber der Mühsal des Programms verkrümeln und
der Herrn Stegerwald so schön erscheinende Bau zu-
sammenstürzen müßte.

Diese für die Streikenden in Amerika. In der Mittwochs-
Sitzung des Kongresses der Trade Union erklärte der Prä-
sident der Kohlenarbeitergewerkschaften, Herbert Smith,
daß die Gewerkschaft den streikenden amerikanischen Kohlen-
arbeitern eine Unterstützung von 10 000 Pfund Sterling ge-
währt hat.

Berliner Bühnen

Der Berliner Volkschor erwies in seinem Konzert am
vergangenen Montag in der „Neuen Welt“ von neuem, welche
ausgesprochenes Ansehen er unter der Leitung seines Di-
rektors Dr. Ernst Rander geworden ist. Nur der ver-
maa den Volk und die Dinge gerecht an würdigen, mit
der hier gearbeitet wird, der die Schwierigkeiten
kennt, die die hier angeführten Werke einem Chor bereiten,
dessen Mittelstern erst die notwendigen musikalischen Ele-
mentarkenntnisse vermittelt werden müssen. Das Stimm-
material des Chores ist bis auf die zweiten Stimmen hohen
Frauenstimmen und die etwas zu schwachen Bässe, auf und
ausgesprochen, der Zusammenklang der Stimmen prächtig
und die Ausdruckskraft vorbildlich.

Zur Aufführung gelangten die Prometheus-Chöre
von Liszt, in denen Ferdinand Gregori den verbind-
enden Text mit Anstand und Geschmack, aber ohne zu er-
höhen, sprach, und Mendelssohns köstliche „Erste
Walpurgisnacht“. Es war besonders bewundernswert,
mit welcher Parteilichkeit und musikalischen Delikatesse
a. B. der Chor der Wächter sangen wurde. Als Solist
bezeichnete Werner Engel durch Schönheit der Stimme
und Musikalität des Vortrages die Solisten.

Alles in allem ein Abend hohen künstlerischen Genusses.
Wenn lebt auch solche Veranstaltungen, deren kulturelle Be-
deutung kaum zu überschätzen ist, mit der Unzahl der Ver-
hältnisse zu kämpfen haben, dann ist es Aufgabe der Ar-
beiterorganisationen, ihnen jede mögliche Unterstützung zu
gewähren. Den Veranstaltern selbst aber erwächst die Pflicht,
der proletarischen Jugend durch ermäßigte Eintrittspreise
die Möglichkeit zu geben, daß sie so an solchen Ausnahmen
teil hat.

Frühmann Denchel von Gerhart Hauptmann, im Schloß-
parktheater (Robert-Bühnen). Das war eine der
wenigen Vorstellungen, die man während eines Lebens nicht
vergessen darf. Nicht nur, daß Eduard v. Winterstein ein
Denchel ist, wie er erdiger, echter nicht sein kann, nicht nur,
daß von Frau Döllich das gleiche gilt, — alles, alles an
diesem einstigen Abend war, wie es sein soll, mehr und
anders als Theater, mehr und anders fast als Kunst.
Denn in diesem Frühmann Denchel ist der volle un-
antastbare, originale Hauptmann enthalten. Und das ist der
Dichter, der das dämonische Schicksal des großen, kühnen
Kämpfers darstellt. Man lernt: alles Gerede der Ge-
lehrten vom Wesen der Tragik, die, wie sie glauben, mit
der Erhebung ununtrennlich verbunden sein müßte, ist Un-
sinn. Denn gerade bei Hauptmann ist das Starke und Ein-
malige, das die Erhebung, im Vergleich zur klassischen
Tragödie, ausbleibt, und daß wir dennoch wie versteinert

Die Urbayern gegen Escherich

Beim Fortschritt Escherich, der Gründer des Selbstschutzes
und der Intimus Ehrhardt's, kürzlich gegen die Versuche
sich ausgesprochen hatte, „auf Volksvertretung und Regie-
rung von der Straße aus einen Einfluß zu gewinnen“ (ge-
meint sind die Münchener Demonstrationen gegen das Ber-
liner Abkommen), haben ihn die in der „Arbeitsgemein-
schaft der vaterländischen Verbände Bayerns“ organisierten
Urbayern in Acht und Bann getan. In einem „nur zum
persönlichen Gebrauch des Empfängers“ und „nicht für die
Presse“ berechneten Schreiben, das die Unterschriften Dr.
Pittinger, Dr. Tafel und Zeller trägt und das unser
Münchener Bruderblatt „Morgenpost“ zu veröffentlichen in
der Lage ist, werden gegen Escherich die schwersten Vorwürfe
erhoben. Zunächst wird „festgestellt“, daß Escherich nur für
seine Person, nicht aber im Namen einer bayerischen Or-
ganisation gesprochen habe. Dessenfalls wolle man sich in-
dessen mit Escherich nicht befassen, sondern nur die nächsten
Freunde verhandeln.

Die „Verhandlung“ geschieht dann in der Weise, daß das
verantwortliche Rundschreiben die Ablehnung von Gewalttaten
von links oder rechts als eine bewusste Escherichsche Phrase
bezeichnet, d. h. die Gewalttate von rechts sind statthaft,
ja sie sind sogar eine vaterländische Tat. Darum wehren
sich die Dr. Pittinger, Dr. Tafel und Zeller dagegen, daß
Escherich „die überwältigenden Willensäußerungen“ in
München „auf das Niveau des Berliner Appells“ stellt.
Und weil es zu tun gewagt, „kann (er) deshalb von uns
nicht wieder als ernst zu nehmender Vertreter vaterländi-
scher Kreise angesehen werden“. Kurz, Escherich hat bei
den Urbayern jeden Kredit verloren. Ob er auf die Pro-
scriptionsliste gesetzt wird und ein zu befeitigender Schäd-
ling ist, besagt das Rundschreiben nicht. Auf jeden Fall
geht aber aus dem Erguß hervor, von welcher Beschaffenheit
die Leute sein müssen, die des Vertrauens der vaterländi-
schen Verbände würdig sind.

Deutschvölkisch bleibt Trumpf

Den deutschvölkischen Wille hatte die Deutschnationale
Volkspartei unter dem Eindruck der Ereignisse nach dem
Rathenau-Mord geopfert, aber es wäre eine schwere Täu-
schung anzunehmen, daß damit die Brücken zwischen den
Deutschvölkischen und den Deutschnationalen abgebrochen
wären. Das vielmehr das Gegenteil der Fall ist, zeigt ein
Bericht, den die „Kreuzzeitung“ unter dem Titel „Aus der
Deutschnationalen Partei“ (öffentlich existiert die Deutschna-
tionale Partei nicht mehr, sondern ist in der Deutschna-
tionale Volkspartei aufgegangen) über eine Vorhandlung
der Deutschnationalen Partei veröffentlicht. Heißt es doch in dem Bericht:

„Man war sich darüber einig, daß es eine unbedingte
politische Notwendigkeit sei, im Hinblick auf die großen
Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage des Vater-
landes die Geschlossenheit und den Zusammenhalt der
rechtlich gerichteten Organisationen mit allen Kräften hochzu-
halten und vor Erdrückung durch Schärfe und Herporkehr-
nung von Grundfragen zu bewahren. Deshalb kann auch
von einer Forderung der Vereinigungen der konservativen
Partei zu der völkischen Bewegung, mit der sie durch
grundständige Auffassung und Ziele verbunden ist, wie die
Verhältnisse liegen, keine Rede sein, wenn auch eine
Identifizierung zurzeit nicht in Frage kommt.“

Es muß vielmehr eine Verhandlung über vorliegende
Meinungsverschiedenheiten angeordnet und auf freund-
schaftlicher Grundlage behandelt werden. Dabei muß vor
allem auch eine Einigung der verschiedenen völkischen Orga-
nisationen zu einer gemeinsamen Organisation als bedenklich
und erwünscht betrachtet werden. Konservativ und völkisch
Elemente müssen die Zusammenarbeit in der Deutschna-
tionale Volkspartei aufricht erhalten und sich gegen-
seitig ergänzen und beleben, getragen von dem gemein-
samen Wunsche, unser kranke Vaterland auf gesunder
innerer und äußerer Neugeschaltung wieder aufzubauen.“

Mit anderen Worten: wenn die Deutschvölkischen in einer
Sache sich zu weit vorwagen und die Geschickte falsch geht,
lehnen die Deutschnationalen, die sich gelegentlich Deutsch-

konservative nennen, die Verantwortung ob. Hat sich aber
die Erregung gelegt, so arbeiten die Konservativen und die
Deutschvölkischen wieder innig zusammen, ja die Wälle
werden dann wieder tonangebend.

„Republikaner für lange Zeit“

Auf dem kürzlichen Münchener Katholikentag hat be-
kanntlich der bayerische Kardinal Faulhaber über die Re-
publik die Schale seines Borns und seiner Verdammnis ge-
leert und ein Treugelbndis für die Monarchie abgelegt.
In seiner Schlussrede allerdings suchte der Präsident, Ober-
bürgermeister Adenauer-Röhl, den üblen Eindruck der Faul-
haber'schen Ausführungen durch ein Bekenntnis für das
Gegebene abzuwischen. Nunmehr hat auch der ehemalige
Reichskanzler Bethenbach auf dem Parteitag der badi-
schen Zentrumspartei in Billingen für sich und seine Partei
zur Republik sich bekannt mit den Worten: „Wir sind
Republikaner und werden es für lange Zeit
sein.“ Darüber sollte man sich im klaren sein.“ Im Zu-
sammenhang damit kanzelte er die Bayern ab, die jetzt so
viel Mut bekunden, im entscheidenden Augenblick aber ebenso
wenig wagten wie andere.

Weiter ist von Bethenbach, daß Bethenbach gegen die Oberste
Herrschaft die öffentliche Auflage erhob, im Sommer
1917 die Möglichkeit einer Friedensaktion vorbereitet zu haben.
Auch Bethenbach bekundete damit, daß die Einseitigkeit
unserer sogenannten Halbgläubiger an der Verlängerung des
Krieges und damit an der Niederlage Deutschlands die
Schuld trägt.

So und So

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags über die
Reichswehr hat Herr Dr. Gehler bei der Debatte über
die Inhaftigkeit des Ausfühlers den Standpunkt vertreten,
„daß in den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft die
Dinge bearbeitet, der Ausschuß nicht in ein schwebendes Ver-
fahren eingreifen könne.“ Ei, ei, Herr Gehler ist ein vor-
sichtiger Mann und achtet peinlich auf juristische Grundsätze.

Aber andere Juristen der Demokratischen Partei vertreten
andere Anschauungen. Herr Dr. Fischer-Röhl z. B. hat
in dem Vernehmungsprotokoll, der sich mit denselben Dingen
beschäftigt, die der Anklage gegen die „Freiheit“ zugrunde
lagen, gerade den entgegen gesetzten Standpunkt ver-
treten. Ja, er ist noch weiter gegangen. Auf sein Betreiben
hat der Ausschuß sogar seine Untersuchung vorzeitig abge-
schlossen, um nur ja vor dem Prozeß noch ein Urteil
zu fällen — aber selbstverständlich nicht in der Absicht, das
Verdict zu beeinflussen oder in ein schwebendes Verfahren
einzugreifen. . . .

Bei dieser Gelegenheit wollen wir übrigens mitteilen,
daß das Landgericht I in der Klage Hermes gegen die „Frei-
heit“ den Termin auf den 16. Oktober anberaumt hat, nach-
dem der Strafgerichtshof, wie vorausgesehen war, ent-
schieden hatte, die Klage gehörte vor die ordentlichen Gerichte.

Krisenmacher

Seit einigen Tagen sind einflussreiche Kreise am Werke,
eine Regierungskrise zu provozieren. Wiederholt schon heißt
es, der Reichskanzler Wirth sei am 15. Oktober, da er beab-
sichtigte, auf einige Tage in Urlaub zu gehen, wurde dieser
Urlaub bereits als Einleitung des Rücktritts bezeichnet.
Offiziell wird diesen Meldungen entgegengetreten. Außer-
Lich finden die Dementis eine Bestätigung durch den Verzicht
des Reichskanzlers auf den beabsichtigten Urlaub. Die
Krisenmacher bohren weiter. Sie verlassen sich allem An-
schein nach auf die freundschaftliche Wirkung des Tropfens.

Timosejew lebt! Aus sowjetamitischen Kreisen wird dem
„Freiheit“ mitgeteilt, daß der zum Tode verurteilte Sozial-
revolutionär Timosejew seinen Selbstmord begangen hat.
Timosejew lebt und ist durchaus gesund

der Erbfindung wird er lebend. Deniakens nach Schmidt-
bonn. Er erkennt Schwächen seiner Frau, die er als Töcher-
der nicht kannte, er erhebt Anklagen gegen diese Frau, gegen
den elenen Bruder und gegen die Mutter, Anklagen, die
trotz einer teilweise alänzenden Sprache nicht an Beirätigung
glauben. Dazwischen hinein werden einzelne Probleme
nebenbei gerührt, ob die Mutter mehr Anrecht auf die Liebe
des Sohnes hat oder die Frau, ob die Liebe sich mehr an
den aus den Höhen Wandeln oder an den Gestirnen
klammert. Auch die langen Reden, die bald der mit Un-
schicklichkeit oder sein Bruder hält, machen das Stück
nicht besser, wenn ihm auch eine gewisse Bühnenwirkam-
keit nicht abgesprochen werden kann. Die Aufführung an
sich verriet viel Fleiß. Clemens Schubert's (der ältere
Vater-Buchhalter) Spiel war aus mit zweifelnden alänzenden
Momenten. Ebba Maria als seine Frau Elia und Fried-
rich Lobe als sein Bruder David fanden nicht auf atischer
Höhe, aber dies lag in der Hauptfache mehr an Schmidbonn
als an ihnen.

Tagesnotizen

Die Volkshalle, S. A., veranstaltet im Laufe des nächsten Winters
20 Mittagskonzerte im Theater am Schloßplatz, für die bis jetzt Frau
Darius, Frau Brangell, Frau Wälder, das Altinger- und Cavemann-
Quartett, der Komiker, Volkshalle, der Madrigalisten u. a. ausgeführt haben.
Nebenbei läßt Prof. Dr. Ruckert Beiträge im Volksheim-Saal über Jenseits
Leben und Wert.

Im Neuen Theater am Zoo beginnt die Premiere der „Götter-Rakete“
„Tortine und der Zuhör“. Lustspiel mit Musik von Grünbaum und Streif, am
Freitag, den 15. d. M., bereits um 7 Uhr. Der Komponist Jean Gilbert ist
an den letzten Wochen seines neuesten Werkes eingetroffen und wird auch
bei der Aufführung am Freitag teilnehmen.

Kranz T. Wegner wird am Freitag, den 15. September, in der Schloß-
platz-Gesellschaft (Theater am Zoo) ein Konzert geben. In der Schloß-
platz-Gesellschaft (Theater am Zoo) ein Konzert geben. In der Schloß-
platz-Gesellschaft (Theater am Zoo) ein Konzert geben.

Große Volkshalle. Um schillernden Fragen zu begegnen, wird mit
geteilt, daß trotz vieler Abkommensschwierigkeiten eine Anzahl von besseren Bildern
für das laufende Publikum zur Verfügung steht. Eine feierliche große
Anzahl öffentlicher Werke seines neueren Werkes eingetroffen und wird auch
und Sonntag für den Hallenverkauf bereitgehalten.
Das Theater Altmara (auf dem: „Goldberg“) besteht aus
giltigen, Schauspielen und Tänzen der Moskauer Kammertheater
Wolffner (früher Kammerspieler) und hat sich die Pflege der nationa-
len russischen Kunst des Tanzes und der Gesänge, in der Aufführung
Hilfer, Serep, Tana, Solo- und Chorführer zur Aufgabe gemacht. Es
findet unter der künstlerischen Leitung von Dr. S. G. Gernold, Regisseur
Wolffner künstlerischen Kammertheater. Die musikalische Leitung hat
mehrere Gelehrte (Hilfer) und den Moskauer Kammertheater.
Die fotografische Leitung hat die Vilmshörscherin des Moskauer
Theater-Gesellschaft (Hilfer) an der Aufführung der Dekorationen
Städtens, denen im Theater Altmara ein feierlicher Anteil eingeräumt ist.
Aus die besten russischen Stücke der russischen Bühne sind: „Das
Anstalts-Kommando“, „Der Herr Kommandant“, „Das a. a. u. u. u. u.
ersten Akten des Theaters gehören u. a. Sophie Fedorowa II und
H. Schabun.

Und die Koalitionspolitik?

Von Eduard Wederle, Berlin.

Die nunmehr unabweidbar erscheinende Verschmelzung unserer Partei mit der SPD, hat von vornherein gefährliche Reime in sich, weil die Wegbestimmung der künftigen Politik in dem die Einigungsgrundlage bildenden Aktionsprogramm ungeklärt und also wohl dem Geiste der Mehrheit untergeordnet bleibt. Von beiden Seiten wird zwar betont, daß sich in den letzten Wochen auch eine immer enger Annäherung der beiden Parteien ergeben habe. Da aber gleichzeitig die SPD, ihren alten Kurs unentwegt fortführt, so kann, wenn die Verschmelzung auch unserer Parteileitung richtig ist, diese Annäherung also nur auf die Linie der SPD, erfolgt sein. In dieser Richtung hat sich ja auch der Beschluß der Reichskonferenz unserer Partei zum Regierungsbeitritt, sowie der Beschluß der Reichstagsfraktion zur Arbeitsgemeinschaft und schließlich die Annahme der sogenannten Schugesehe für die Republik bewegt.

Wer diese Beschlüsse vertreten hat, handelt also nur konsequent, wenn er eine Verschmelzung mit der SPD, anstrebt. Durch sie sind tatsächlich die unauflösbaren Trennungsmomente zu den Rechtssozialisten hinüber beiseite und damit unserer Partei die Grundlagen für die Fortführung eigener Existenz entzogen worden. Aber die Vertreter dieser Beschlüsse sollten dann auch mutig genug sein, offen zu erklären, daß sie den bisherigen Kurs der Partei, der seine letzte Festlegung erst vor neun Monaten auf dem Leipziger Kongress gefunden hat, willkürlich umgebogen und die Parteitage-Beschlüsse bis zu der rechtssozialistischen Politik zurückverdrängt haben. Leider vermögen wir bisher solches Gehändnis oder wir finden es wenigstens nur bei denen, die schon in und vor Leipzig die Partei bewußt auf den rechtssozialistischen Kurs umstellen wollten.

Auch der Hinweis auf den Rathenau-Mord verschlägt wenig, denn eine neue Situation ist durch ihn für die deutsche Arbeiterklasse nicht geschaffen worden. Er hat nur eine längst bestehende Situation erhellt. In der Tat unterscheidet sich die Lage nach dem Rathenau-Mord in nichts von der Lage nach dem Kay-Putsch, dem Mord an Garbis und dem Mord an Erzberger. Es würden sich darum auch jene, welche in Leipzig noch mit pathetischen Worten von der „historischen Mission“ der USP, gesprochen haben, sehr über diese historische Mission in einem durchaus nicht schönen Sterben der Partei erblicken, ein jämmerliches Zeugnis für ihren politischen Blick anstellen, denn sie würden ungewollt zugeben, daß sie sich in Leipzig über die Lage der Republik getäuscht und diese Täuschung zur Grundlage ihrer Politik gemacht haben. Sonst hätten sie schon damals denjenigen Kurs empfohlen müssen, den sie jetzt nach dem Rathenau-Mord für den allein Ausweg und Hilfe zeigenden empfehlen: die Auflösung in der SPD.

Denn um anderes handelt es sich nicht. Nachdem die Partei sich grundsätzlich zu der bisher verworfenen Koalitionspolitik bekannt hat, hat sie auch die Koalitionspolitik der SPD, grundsätzlich gebilligt. Aus dieser Billigung gab es kein Zurück mehr, und es blieb nur übrig, auch den linken Fuß nachzuziehen. Breitscheid ist ganz im Recht, wenn er in seiner Zeitschrift erklärt, daß ein Zurück mit dem Zusammenbruch der USP, enden würde, nur verzieht er hinzuzufügen, daß er selbst zu einer, solche Konsequenzen in sich werdenden Politik, an deren Ende auch das Ende der Partei stand, geraten hat. Gewiß, Breitscheid hat seine Verantwortung für seine Person dieses zu verschweigen. Er war sich mit seinen engeren Freunden dieser logischen Wirkungen des Beschlusses der Reichskonferenz bewußt, und hat sie wohl auch in Rechnung gestellt. Aber jene anderen, die sich weiter als Gegner der Koalitionspolitik bezeichnen und gar glauben, durch den Konferenzbesluß den Rechtssozialisten die zugeworfene Schlinge zurückgeschleudert zu haben, sollten sich durch die Feststellung Breitscheids doch etwas zum Nachdenken anregen lassen.

Wagen sich nun die Vertreter der Verschmelzung zur Frage der Koalitionspolitik in der verschmolzenen Partei stellen, wie immer sie wollen: die Frage für oder gegen die Koalition wird von der Arbeiterklasse immer wieder zur Beantwortung aufgeworfen werden. Diese Frage duldet keine Vertagung und sie duldet auch keine Weigerung durch zufällige Mehrheit. Mehrheiten sind wandelbar und auf solch unbeständigem Grund lassen sich keine Maximen für den proletarischen Kampf aufbauen. Auf jeden Fall geht eine Partei, welche einer klaren Verantwortung dieser Frage ausweicht, auf die Dauer jeder Schwung- und Werbekraft verlustig. Hier gibt es nur ein Ja oder ein Nein. Beides in einem Schmelztag, vertragen sich nicht. Oder doch allenfalls nur da, wo die Koalitionsfrage ein bloßer Gegenstand theoretischer Diskussion, nicht aber täglicher Politik ist. Am allerwenigsten aber in Deutschland, wo die Arbeiterklasse die Koalitionsfrage bereits in allen schmerzlichen Phasen durchlebt und unsere Partei — bis noch vor kurzer Zeit einmütig — in der Koalitionsfrage die Hauptursache für das Verfallende nach der Revolution und den Abstieg der Arbeiterbewegung nach der Revolution erkannt hat. Erhebend kommt hinzu, daß die Koalitionsfrage der SPD, bereits eine fest umrissene neue Ideologie in dieser Partei ausgebildet und auch das Wesen dieser Partei einer völligen Veränderung unterworfen hat. Es sei hier nur an ihr ganz verschiedenes und von der Stellung in der Vorkriegszeit völlig abweichendes Verhältnis zum Staat erinnert, das in dem Oberräger Programm und deutlicher noch in der Begleitrede Stampefers seinen Ausdruck fand. Leider ist gerade dieses Moment bisher viel zu wenig beachtet worden. Görtz wurde hauptsächlich angegriffen, weil auf diesem Parteitag der Weg der Koalition weiter beschritten und in logischer Konsequenz der Koalitionspolitik auch die Bereitschaft zur Koalition mit Sinnesausdrücken worden ist. Es wurde aber völlig übersehen, daß die wesenliche Bedeutung des Oberräger Parteitages nicht so sehr in dieser Bereitschaft, als in der Überlegung eingeschlossen lag, die erst diese Bereitschaft als Folgewirkung nach sich zog.

Nur Funktionäre können sich dem Wahne hingelassen, daß die USP, durch ihren Beitritt die SPD, zum Verlassen des Koalitionskurses bewegen könnte. Die SPD, wird diese Politik vielmehr noch ungeändertes als bisher, wo sie immerhin den Abgang von Mitgliedern an unserer Partei zu beklagen hatte, fortführen, und es ist auch nicht einmal anzunehmen, daß alle zur SPD, überstreichenden Mitglieder unserer Partei wirklich einen ernsten Kampf gegen die Fortführung dieser Politik entfachen werden.

Die Folge wird sein, daß sich die von der Koalitionspolitik immer mehr abwendenden Arbeiter die Partei früher oder später verlassen und entweder zum Recht der Individualisten oder zu den Kommunisten hinüber werden. Für die meisten ist ein Übertritt zur SPD, gewiß auch noch durch andere Scheidewände erklärebar, aber das Verhältnis der SPD, zum Bürgertum und zur Koalitionspolitik ist die für den Arbeiter sichtbarste und unauflösbare Unterscheidung von der Sozialdemokratischen Partei und diese Unterscheidung wird alle anderen Differenzen, die etwa Hinderungsgründe für einen Anschluß bilden könnten, in den Hintergrund verdrängen. Welche Wahrscheinlichkeit ist nun zu erwarten, als die Koalitionspolitik für das deutsche Proletariat nicht nur ein in der Folgezeit anfruchtbar bleiben wird, sondern die Sozialdemo-

kratische Partei durch ihr Regierungsbündnis mit bürgerlichen Parteien in ihrem Kampfe gegen das Bürgertum weiter gelähmt wird. Denn das wirkliche Verhängnis der Koalitionspolitik liegt ja nicht so sehr in der Tatsache, daß natürliche Rassengegner am Regierungstisch zusammenstehen, als darin, daß die Koalition zu fortwährenden Rückschritten und damit zu einer Dämpfung des Kampfes zwingt. Daß solche Dämpfung von außerordentlichen Gefahren begleitet ist, haben wir bei der SPD, genügend erlebt. Kaum noch, daß sich Proteste gegen die Regierung regen. Um nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit herauszugreifen: hätte eine rein bürgerliche Regierung der deutschen Arbeiterklasse zugemutet, das schädelige Deutschland-Vied als Nationalhymne der Republik anzuerkennen, so wäre dies auch von der gesamten rechtssozialistischen Mitarbeiterschaft böhnelndes zurückgewiesen worden. So aber stecken die Rechtssozialisten diese Zustimmung, die natürlich nur eine Verbeugung der Republik vor dem reaktionären nationalistischen Bürgertum war, gelassen ein, und wo sich vereinzelt Bedenken geltend machten, erschöpften sich diese in zähen Bemerkungen.

Die Koalitionspolitik hat aber für die Arbeiterklasse noch eine ungleich größere Gefahr herausbeschworen: Die Regierung weiß in allen ihren Verlautbarungen für die aber dem Proletariat zusammenhängenden Feuerungsstellen nur immer die Reparationspolitik der Entente verantwortlich zu machen. Sie spricht nicht davon, daß die allein im Interesse der Beteiligten zugewinnbare deutsche Finanzpolitik, die natürlich keine Ordnung des eigenen Staatshaushaltes und noch weniger eine wirkliche Politik der Erfüllung zusetzt, erst die scharfe, von so lachbaren Rückschlägen begleitete Inflation der Reparationskrisis und damit die fast völlige Entwertung der Mark ermöglicht aber gar verursacht hat. Und da sich die SPD, auch für diese Finanzpolitik verantwortlich fühlt, so kann auch ihre Presse ihren Mitgliedern gegenüber kaum anders behaupten. Damit ist ungewollt der Boden in der deutschen Arbeiterklasse für ein neues Aufleben des Hasses gegen das Ausland, und insbesondere gegen die Entente geschaffen worden, und schon heute können die nationalstalinischen Reaktionen nicht ohne Erfolg versuchen, diesen Boden für ihre Pläne, die sich ja nicht in einem Kampf gegen die Erfüllungspolitik erschöpfen, sondern die Beteiligung der Republik selbst im Auge haben, nutzbar zu machen.

Mit dem Aufgehen der USP, in der SPD, wird die einzige Stimme, die bisher rücksichtslos die Ursachen der Reparationskrisis aufdeckte und dem neuen Anschwollen einer nationalstalinischen Welle in der Arbeiterklasse wehrte, erstickt. Es werden auch diese Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Koalition Rücksicht nehmen und schweigen müssen.

Durch die Koalition begibt sich also eine Arbeiterpartei ihrer Kampflosigkeit. Sie wird wie ein Prometheus an einen Felsen gefesselt und muß es wehrlos ertragen, daß die Bourgeoisie täglich Stück um Stück von ihrem Leibe zehrt. In der Koalition ist das Proletariat ein der Boden herabgeratener Elmsen, der für die Pflücker in der Desmühle treten muß, ein in Sklavendienste verbannter Herkules, der, seine unabhängige Kraft verlassend, in Weisheitsdiele geknallt, sich dazu zwingen läßt, Wölfe für seine Bedränger zu spinnen.

Es ist die unauflösbare Tragik des deutschen Proletariats, daß es in seinen Massen die Bindung seiner Kraft durch die Koalition mit seinen Rassengegnern bisher nicht erkannt hat. Die proletarische Bewegung bleibt nur frei und unabhängig, wenn sie auf jede Koalition verzichtet. Einen solchen Verzicht spricht das Aktionsprogramm aber nicht aus und darum ist der von unserer Partei für die Vereinigung geforderte Einfluß schon von vornherein größer als der Gewinn, der jemals für die Arbeiterklasse daraus entspringen kann.

Parteitag der USP in Gera

Parteitags-Delegierter! Alle Anfragen und Wünsche, den Parteitag betreffend, bitten wir, an das Lokalkomitee des Parteitages: Parteisekretariat Gera (Thüringen), Alte Schloßgasse 11, zu richten. Die Begriffe resp. die Delegierten werden gebeten, sofort unter Angabe ihrer Adresse mitzutheilen, was für Quartier beantragt wird, Privat oder Hotel. Alle Delegierten werden gebeten, in Gera auf dem Hauptbahnhof einzutreffen. Dort ist vom Lokalkomitee ein Empfangsraum eingerichtet, wo die Delegierten und Gäste alle näheren Informationen bekommen.

Am Mittwoch, den 20. September, mittags, hat das Lokalkomitee seinen Sitz im Logungslokal „Konhalle“, 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Zum Nürnberger Vereinigungsparteitag

Wir übernehmen gern eine Meldung der P. P. R. (politisch-parlamentarische Nachrichten Hellmanns), wonach zu Vorsitzenden des Nürnberger Vereinigungsparteitages neben Weis und Büttmann auch Kollenz und Fritz Geyer vorgeschlagen werden sollen. Wie uns dazu von informierter Seite mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung der P. P. R. nicht den Tatsachen.

Obersachsen für die Einigung

Die USPD, Des, Deutsches Oberst, hielt am Sonntag, den 18. September d. Ab. im Steinhilber Gewerkschaftshaus eine Konferenz ab. Es waren 21 Ortschaften vertreten. Als Konferenzleiter wurden die Genossen Rau und Rija bestimmt. Die Konferenz beschloß, die zwei vorstehenden Tagesordnungsprogramme „Die politische und wirtschaftliche Lage“, „Reichsparlament und Anträge dazu“ zu verbinden. Genosse Rau-Glewis behandelte als Referent ausführlich die innen- und außenpolitische und wirtschaftliche Lage sowie die Stellung der merkantilen Bevölkerung. Den mit Antragsnummer aufgenommenen Ausführungen folgte eine rege Debatte. Die in folgendem Beschlusse angeführt: „Die Konferenz der USPD, Bezirk Deutsch-O., erachtet in Erkennung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands die Einigung der Arbeiterklasse als einen gebieterischen Schritt im Kampfe um den Sozialismus. Das Proletariat Deutschlands bekundet sich nach längerem innerem Streit um den Kampfesweg gegen den Kapitalismus in der Verteidigung um die errungenen wirtschaftlichen und politischen Rechte. Das Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Parteien muß die Plattform sein, auf der sich das kämpfende Proletariat aneinanderfindet. Es wird erwartet, daß die letzten Vereinbarungen der beiden Parteizentralen in Berlin werden für die Durchführung der Vereinigung der sozialistischen Parteien, des Proletariats.“

Deutschnationale und Koalition

Stegerwald hat wieder mal eine Rede gehalten, in der er den Gedanken der Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen dreht. Darüber ist die „Kreuzzeitung“ einigermaßen erbost. Sol Scheidt dahier:

„Alle Koalitionen sind bis heute nur Zweckgemeinschaften gewesen, in denen jede Partei ihre eigenen Wünsche möglichst selbst durchzusetzen versuchte. Wie sehr die Sozialdemokratie ihre bürgerlichen Partner schon verstanden hat, zu überwinden, bedarf keiner besonderen Darlegung mehr. Und in welchem Geiste große Koalitionen in der Regierung arbeiten, beweist

das Regime Braun-Eberling in Preußen. Es ist also nicht an dem, daß die von Stegerwald behauptete Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie auch eine praktisch wirksame Möglichkeit dazu einschließt. Denn sich daher die schon sehr schmerzhaft gewordene bürgerliche Arbeitsgemeinschaft findet an ein Parteien mit dem Sozialismus, der ihr Todfeind bleibt, so wird sie gegenstandslos, da der dießseitig zu schaffenden Form der Indolenz fehlt. Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter. Entschiedene Wiederbaupolitik muß sich gegen die Sozialdemokratie richten, die, wie Stegerwald richtig sagt, den Staat noch immer als eine „sozialistische Agitationsfiliale“ ansieht.

Die Deutschnationalen erachten ihre Zeit noch nicht für gekommen. Sie möchten sich erst dann, wenn der Norden trotz aller deutschnationalen Hinderungsversuche aus dem größten Dreck heraus ist, auf den Ausschub schwingen. Wenn sie aber glauben, ihre entschiedene Wiederbaupolitik gegen die Sozialdemokratie, d. h. gegen das Proletariat richten zu können, würden sie doch einigen Granit berfinden, dem ihre Fäule und Krumpfen nicht gewachsen sind.

Arbeitszeit im Ruhrbergbau

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat auf Antrag der am Ueberarbeitsabkommen beteiligten Verbände die tariflich vereinbarte Arbeitszeit im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk gemäß § 3 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage bis zur Entscheidung über die beantragte allgemeine Verbindlichkeit aufgelassen. Damit ist das Ueberarbeitsabkommen in Kraft getreten.

Bauten für die Besatzungstruppen

Eine Denkschrift des Reichsbauministers bringt eine Auffassung von Entwürfen nebst Kostenschätzungen, die die Besatzungstruppen für Neubauten angefordert haben. Danach werden für Fliegergeschuppen, Fliegerhallen, Truppenlager, Kasernen und anderes mehr insgesamt etwa 400 Millionen Mark erforderlich. Im Jahre 1919 waren für die gleichen Zwecke 40 Millionen, 1920 rund 234 Millionen, 1921 etwa 104,5 Millionen, 1922 weitere 426 Millionen Mark Ausgaben erforderlich. In der letztgenannten Summe kommen die 400 Millionen Mark, auf die sich die neuen Kostenvoranschläge stellen.

Aufruhen in Bochum

Bochum, 18. September. Von der Polizei wird mitgeteilt: Gestern vormittag wurden Pländerungen auf dem Markt durch Eingreifen der Schutzbeamten verhindert: ein Verkaufshand wurde umgeworfen. Diese Vorfälle wurden von radikalen Elementen dazu benutzt, die Mittagsstunde auf der Beise „Präsident“ zum Feiern auszufordern, die dann auch nicht einführ. Nachmittags um 5 Uhr versammelten sich 4-5000 Menschen auf dem Marktmarkt. Dort wurde ein dienstfreier zufällig vorbeikomender Schutzbeamter erst bedrängt und dann tätlich angegriffen. Da auch Gerüchte über beabsichtigte Pländerungen umliefen, räumte eine Abteilung der Schutzbeamten den Marktmarkt, wo sie mit Steinen, Öfen und Feuerwerkstoffern beworfen wurde. Von 6-10 Uhr abends fanden verstreute Zusammenkünfte statt, die sich aber bald verließen. In sonstigen Zusammenkünften und Pländerungen kam es nicht. Auch heute vormittag ist es zu Zusammenkünften nicht gekommen, die Polizei gestirnte Zusammenkünfte und Verhältnisse die Ordnung wieder her.

Kampf gegen den Achtstundentag in Frankreich

Paris, 18. September. Nach einer Savard-Meldung aus Angers hat der Grubenarbeiterkongress eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß, wenn die eine oder andere Kammer einen Beschluß fassen sollte, der den Zweck hätte, das Gesetz über den Achtstundentag in seinen Grundprinzipien abzuändern, die Grubenarbeiterschaft einem solchen Beschluß mit der sofortigen allgemeinen Einstellung jeder Arbeit in den Gruben beantwortet würde.

Hundert Millionen Gold als Deckung

Eine Note der belgischen Regierung
Berlin, 18. September. Die belgische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel heute nachmittag eine von dem belgischen Minister des Auswärtigen Pasver abgezeichnete Note folgenden Inhalts übermittelt:

Nach den Bestimmungen der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August sollte die Deutsche Regierung zur Abdeckung der Rücklagen vom 15. August und 15. September 1922 der belgischen Regierung deutsche Zahlungsausgaben ausständig, welche durch zwischen den belgischen Regierungen zu vereinbarende Garantien sichergestellt werden sollten; mangels einer Einigung sollten die Loans durch ein Golddepot sichergestellt werden, das in einer der belgischen Regierungen genehmigen Bank zu stellen war.

Die Besprechungen, die in Berlin zwischen den Vertretern der Deutschen Regierung und den Delegationen der belgischen Regierung über die von der deutschen Regierung herbeigeführten Garantien erfolgt sind, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die belgische bittet die Deutsche Regierung daher, ihr unverzüglich zwei deutsche Zahlungsausgaben, zahlbar in Gold, in einem Betrage von 100 Millionen Goldmark für die Rücklagen vom 15. August und 15. September aufkommen zu lassen und in der belgischen Nationalbank hundert Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Loans niederzuliegen.

Hilfe für Griechenland

London, 18. September. Eine Blättermeldung zufolge soll in Athen von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden sein, daß die Regierungen von Jugoslawien und Rumänien der Absicht Ausdruck gegeben hätten, Griechenland im Falle eines Balkankonflikts zur Seite zu stehen. Serbien mobilisiere und konzentriere Truppen in der Gegend von Uecksb.

Revolutionäre Rundgebungen

(C.E.) Paris, 18. September. Dem „Niraniak“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Auf den Inseln Ghios, Rhodios kam es zu Aufrührerbewegungen, die einen internationalen Charakter haben. In Manissa proklamierte man die Absetzung des Königs und die Errichtung der Republik.

Reaktionslosigkeit für die Redaktion Emil Raus, Berlin; für den Interferententel und geschäftliche Mitteilungen: Carl Rosler, Berlin. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, c. o. m. s. o. e. Berlin, 29, Friedr. von Schring & Heimers, G. m. s. o. e. Berlin 23, 68, Mittelstr. 73.

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen gefertigt.

Schlüpfer aus blauem Flausstoff, sehr billig	4200
Ulster aus braunem festem Paletostoff, zweifach mit Oari	5300
Schlüpfer aus Homespun und Gränenstoffen, modern verarbeitet	6500
Paletots ein- und zweifach aus marngo und schwarzem Kakao und Wintercheviot in bester Verarbeitung	7300
Schlüpfer und Raglans Flansch, Diagonal- und Fischgrätenstoffe in sehr guten Qualitäten	8000
Ulster der neuesten Mode mit Falten und Rückengurt aus nur prima Stoffen aller Art und jeglicher Farbbeiblung	8000
Rockpaletots aus Homespun und Fischgräten-Diedermeierform	9700
Schlüpfer, Ulster, Raglans Ersatz für Maß, aus Stoffen in bester Qualität in den verschiedenartigsten Farbbeiblungen und in bester Ausführung	11800

Jackett-Anzüge viele einzelne Anzüge in hell, u. mittler. Farben	4500
Jackett-Anzüge aus Diagonal, Homespun und anderen Stoffen und blauem Cheviot, modern verarbeitet	6000
Jackett-Anzüge besserer Qualität in moderneren Stoffen u. Farbbeiblungen und vorzüglicher Verarbeitung	9000
Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, aus besten dunklen und mittellarbenen Stoffen in erstklassiger Verarbeitung und Ausführung	12000
Winterjoppen aus besten Stoffen, in Sport- und glatter Form, außergewöhnlich billig	1400
Winterjoppen Isterform, aus schwerem dunklen Stoff und warm gefüttert	1800
Winterjoppen aus bestem Lodenstoff in all. gangbaren Farben v. M.	2500

Burschen-Ulster u. Schlüpfer Gr. 7-12, in den neuesten Modellen und moderaten Preisen	2400
Knaben-Ulster ein großer Posten einzelner Sachen in den Größen 1-6, anfangend Gr. 1	975
Knaben-Pyjacks aus blauem festem Cheviot und Tuch, anfangend Gr. 1	880
Jünglings-Anzüge Jackett u. Sportform I. allen modernen Stoffen, Must. u. Preislagen, Gr. 36 anfangend mit M.	2500
Burschen-Anzüge Jackett u. Sportform, ganz gefüttert in großer Auswahl, Gr. 7 anfangend mit M.	1100
Knaben-Anzüge in Schlüpfer, Sport-, Kieker- u. Matschen u. gut. Stoffen u. in allen Preislagen, Gr. 1 anfangend mit M.	790
Herrn-Nosen aus dunkel gestreiften Buckskin	850
Herrn-Nosen aus halb. Stoffen in schönem Streifenmuster, M. 1300, 1000, aus bestem Cheviot und Kammgarn in dunklen und hellen dezenten Streifen	900
Herrn-Nosen	1250

Gummimäntel, Lodenmäntel, Pelerinen in großer Auswahl in allen Preislagen

Geh- und Sportpelze edelster Art
Modernste Maßanfertigung - Verwendung bester Stoffe und Zutaten - Sehr mäßige Preise.

Angebote freibleibend Verkauf rationiert

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der Auftragsbelegungen

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr
Masse Mensch

Staats-Theater
Opernhaus
abends 8 Uhr
Ariadne auf Naxos

Schauspielhaus
abends 7 1/2 Uhr
Peer Gynt

Neues Volks-Theater
abends 7 1/2 Uhr
Die Krone des Vorhutes, der zerbr. Krug

Deutsches Theater
8 Uhr
Das Glas Wasser

Kammerspiele
7 1/2 Uhr
Die Jungfern vom Birschoisberg

Orpheus u. d. Unterwelt
8 Uhr
Der selbige Hochschluck in Theaterhallen

Theater des Ostens
8 Uhr
Der selbige Hochschluck in Theaterhallen

7 1/2 Uhr
Die Liebesprobe

Ritter - Bühnen
Täglich 8 Uhr

Residenz-Theater
Hannele

Trianon-Theater
Liss

Kleines Theater
Totentanz

Etablissement Cap Zetta

Friedrichstr. 80-82, Ecke Leipziger Str.

Heitere Spiele u. Varietés-Kabarett nach 9 Uhr, abends 7 1/2 Uhr, Sonntag nach 10 Uhr

Komödienhaus Karusse I abends 8 Uhr - stets Gala

Berliner Theater heute 7 1/2 Uhr, abends 9 1/2 Uhr

Pompadour abends 7 1/2 Uhr

Fritzi Massary abends 7 1/2 Uhr

Kasino-Theater abends 7 1/2 Uhr

Theater am Nollendorfplatz 7 1/2 Uhr

Verliebte Leute heute abend 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr

Altmetalle heute abend 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr

5. Verw.-Bez. 17. Distrikt.
Am 9. Sept. verstarb unser langjähriger Genosse, der Hutmacher **Gust. Strauch** im 72. Lebensjahre. Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, d. 14. Sept., nachm. 3 Uhr, Baumchulweg. Regen-Beteiligung erbitet.

Färberei Nord-Weiß

reinigt u. färbt in 3-5 Tagen
Ergpreß in 24 Stunden.
Fabrik-Annahme Okt-Monat 66
Telefon: Hansa 1078
Annahmestellen:
Schnitz-Allee 176, Westendstr. 12, Hagenburger Str. 32, Hildebrandstr. 74, Cuneo-Str. 12, Köthener Straße 22, Offenbacher Straße 40

Neues Leben an der Börse

bringt die bevorstehende Eröffnung d. Circus Busch am Bahnhof Börsen ab Sonntag, 16. Sept., 7 1/2 U.
Vor- u. Weib u. Leibeserzieher.

Metalle in Zigarrengeschäften erhältlich
echte Kapitäle-Kautabak mit Zeiteinlagen (Wolken, Schiffe, Stangen, Tiere). Verkaufsstellen durch **Carl Köcher, Brln., Mühlentorstraße 23** (Upt. 3061).

Zahnegebissel

Platin-, Gold-, Silber-, Quecksilber-, Staropropyl-, Zahn-Glimmer-Platin-, Edelmet.-Elokaufb., Weberstr. 31

! Achtung !

Zeitungs-papier, Flaschen, Knochen und Altmetalle
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Eckermannstr. 95.

Wagen

Salgo, Seifenhandlung, Löhninger Straße 56, Hof.

Kakao, Schokoladen, Zuckerwaren

in großer Auswahl allererste Marken wie immer sehr preiswert.
Bekannt beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Wirtschaftsvereinigungen etc.
Generalvertreter der so beliebten Falken-Schokolade **Gerson Wechsalmann, Berlin W, Linsenstr. 20.**

tüchtigen Agitationsbeamten.

Nur erste Kraft mit rednerischer und organisatorischer Befähigung kommt in Frage, fünfjährige Verbandszugehörigkeit Bedingung.
Gesuche sind mit der Aufschrift **Bewerbung bis 30. 9. 22 an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Hindenburg, Hättenstr. 13, zu richten.**
Ortsausschuss des D. M. A. B. Hindenburg O/S.
Deutscher Metallarbeiter-Verb., Verwaltungsamt, Hindenburg O/S.

Raucht ab 6 Pfund 68 Mk.

Schm. 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Experimentenvortrag

des Herrn Rautenberg über **"Hypnose und Suggestion"**
Ein Überblick über den modernen Hypnotismus und die Suggestion und ihre praktische Bedeutung.
Einlass 9 1/2 Uhr, Eintritt m. Steuer 8.40
Karten an der Kass.

Verläufe

Cardinen!
Zur nächstgeh. Preis-Reduktion bringen wir noch ein sehr schönes Sortiment zu sehr billigen Preisen an. Preisliste im Anhang. Interessenten, die sich für diese Angelegenheit interessieren, mögen sich an die Geschäftsstelle wenden. **H. Sieckmann, Berlin W 9, Postfach 618, Tel. 359 9329.**

Einzelne Möbel

in Neuheit und Eiche usw. komplett, schmal- und weite, Einzelstücke, Tisch, Stuhl, Sessel, Sofa, Bett, etc.
Küchen zu n. edr. Preisen und zu bequemer Zahlung
Grebler Weinbergweg 4 am Rosenthaler Tor

Wagen

Salgo, Seifenhandlung, Löhninger Straße 56, Hof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr
Telefon: Ami Norden 833-836

Achtung! Goldarbeiter! Achtung!
Donnerstag, den 14. September 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr.
Versammlung der Goldarbeiter und Arbeitstimen im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
Bericht von der Lohnverhandlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Freitag, den 15. September 1922, abends 6 1/2 Uhr.
Vertrauensmännerkonferenz der Bauhelfer im Lokal von Schwarz, Reibstr. 39.
Tagesordnung:
Bericht der Tarifkommission.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgendes Kollegen gestorben sind. **Her Dreher**
Heinrich Voigt
Hellermannstr. 17
am 10. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 14. September 1922, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße, aus statt.
Der Dreher **Alfred Wollschläger**
Lichtenberger Str. 4
am 10. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 15. September 1922, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Hammenschenweg, Kiefernstr., aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Regio Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen

Verläufe
Cardinen!
Zur nächstgeh. Preis-Reduktion bringen wir noch ein sehr schönes Sortiment zu sehr billigen Preisen an. Preisliste im Anhang. Interessenten, die sich für diese Angelegenheit interessieren, mögen sich an die Geschäftsstelle wenden. **H. Sieckmann, Berlin W 9, Postfach 618, Tel. 359 9329.**

Einzelne Möbel
in Neuheit und Eiche usw. komplett, schmal- und weite, Einzelstücke, Tisch, Stuhl, Sessel, Sofa, Bett, etc.
Küchen zu n. edr. Preisen und zu bequemer Zahlung
Grebler Weinbergweg 4 am Rosenthaler Tor

Wagen
Salgo, Seifenhandlung, Löhninger Straße 56, Hof.

Kakao, Schokoladen, Zuckerwaren
in großer Auswahl allererste Marken wie immer sehr preiswert.
Bekannt beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Wirtschaftsvereinigungen etc.
Generalvertreter der so beliebten Falken-Schokolade **Gerson Wechsalmann, Berlin W, Linsenstr. 20.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgendes Kollegen gestorben sind. **Her Dreher**
Heinrich Voigt
Hellermannstr. 17
am 10. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 14. September 1922, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße, aus statt.
Der Dreher **Alfred Wollschläger**
Lichtenberger Str. 4
am 10. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 15. September 1922, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Hammenschenweg, Kiefernstr., aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Regio Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Werbt für unser Blatt!

Berlin für die Einigung

In der am Dienstag abend in den Sophienkäsen unter dem Vorsitz des Gen. Koch tagenden Generalversammlung der Bezirksorganisation Groß-Berlin führte zur Einigung eine Referent Gen. Krille folgendes aus:

Die deutsche Arbeiterschaft ist durch die wirtschaftliche Nachtverhäufung seit 1918 in die Defensive gedrängt worden. Das Bürgertum hat sich politisch und wirtschaftlich wieder in den Besitz der Macht gesetzt. Aus dieser Situation heraus sind die Bestrebungen entstanden, dem Vorkampfbereich der Bourgeoise durch die gemeinsame Kampffront des Proletariats Einhalt zu gebieten. Die Morde an Erbacher und Rathenau zeigten die Größe der Gefahr, in der sich das deutsche Proletariat befand, mit aller Deutlichkeit. Immer mehr brach sich, auch in der SPD, die Erkenntnis Bahn, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Ganz zweifellos ist in der letzten Zeit

ein Stimmungsumschwung in der SPD zu verzeichnen. Die Opposition in der SPD, beschränkt sich nicht mehr auf die sogenannte „Chemnitzer Richtung“, sondern ist vorherrschend in den Mitgliederkreisen der SPD, geworden. Gewiss wäre es das Idealste, auch die Kommunisten zur Vereinigung zu bringen. Das ist nach Lage der Dinge unmöglich. Sie steht mit den Kommunisten zu vereinigen, bedeutet das Schicksal der Vereinigung der deutschen Arbeiterschaft in die Hände der Moskauer Gewalttäter zu legen. Bis in die letzte Zeit hinein hat die Politik der SPD, bewiesen, daß sie nicht eingestellt ist auf die Verhältnisse in Deutschland, sondern auf die russischen. Für uns können nur die Notwendigkeiten maßgebend sein, die sich aus den deutschen Verhältnissen ergeben. So sehr wir eine Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft wünschen, sie ist mit der SPD, im Augenblick völlig unmöglich.

Ein Teil unserer Genossen will die Einigung von Personen abhängig machen. Es ist gewiß verständlich, wenn die Genossen eine Politik, die wir bisher scharf bekämpften, nicht so schnell verwerfen können. Aber auf der Tagesordnung steht nicht das Gelingen, sondern das Gedenke und Morale.

Wir dürfen nicht fragen, was ist gewesen, sondern: Was wollen und müssen wir tun? Seit wann bestimmen einzelne Parteiführer die Politik? Als Marxisten sollten wir wissen, daß die ökonomischen Verhältnisse die Politik der Arbeiterschaft maßgebend beeinflussen.

Erfreulicherweise hat das vorliegende Aktionsprogramm die einhellige Zustimmung der gesamten Parteibasis gefunden. Selbstverständlich konnte es nur ein Kompromiß, ein Tagesprogramm sein, daß vielleicht morgen schon als Grundlage der politischen Aktionen dienen wird. Wichtig ist, daß es ausdrücklich das

Bekennnis zum Klassenkampf enthält. Der Schuss der Republik steht mit Recht an führender Stelle. Diese Republik ist zwar für uns nicht der Weisheit letzter Schluss. Doch bietet sie uns den besten Kampfboden, und es wird an uns liegen, sie in unserem Sinne auszugestalten. Genosse Krille geht dann näher auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen des Programms ein und befragt vor allem die Forderung auf Erfassung der Sach- und Goldwerte. Wir dürfen hoffen, daß auch die Politik der Gewerkschaften durch die Einigung der beiden sozialistischen Parteien eine einheitlichere Richtung bekommt. Sie können von der Wiedervereinigung der beiden großen Parteien nur gewinnen. Dasselbe gilt von der Genossenschafts- und Arbeitersportbewegung.

In ganz Deutschland, mit Ausnahme von Berlin, ist keine Stimme laut geworden, die U.S.P. unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns nicht von Gefühlen beherrsigen, unsere Zeitmotive sind

klare und nüchterne Erwägungen.

Wir haben bewiesen, daß es uns bitter erntet ist mit der Forderung des Leipziger Manifestes, die Einigung des deutschen Proletariats als vornehmste Aufgabe zu betrachten. Wir dürfen nicht warten, bis uns die Reaktion über den Kopf gewachsen ist. Die Gefahr ist heute größer

den je; wir müssen durch den Willen zur Einigung dem deutschen Proletariat das Selbstvertrauen wiedergeben. (Lebhafter Beifall.)

Einmehrer erhielt als Korreferent der Genosse Kurt Rosenfeld das Wort:

Der Parteitag in Vera hat eine Schicksalsfrage für die U.S.P. zu entscheiden. Aber im Zusammenhang mit der Frage der Einigung mit der SPD, dürfen wir an einem Ereignis von größter wirtschaftlicher und politischer Tragweite nicht vorbeigehen:

dem Stinnesvertrag.

Die Deutsche Volkspartei, der Stinnes angehört, macht jetzt bereits ihre Ansprüche auf Beteiligung an der Regierung geltend. Diese Bestrebungen sind nicht ausichtslos, denn sogar Herr von Helldorf kommt in der West am Montag mitteilen, daß diese reaktionären Bestrebungen vom Reichsfinanzminister Dr. Brüch gestützt werden. Die Folge ist also der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung, d. h. die Bildung der großen Koalition, die in Preußen bereits besteht, die also von der in der U.S.P. vereinigten U.S.P. bis zu Stinnes reichen wird.

Aber hat sich der „Vorwärts“ dagegen ausgesprochen. Aber es kommt darauf an, wo wir den größten Einfluß ausüben können: außerhalb der SPD, oder innerhalb der SPD, in der wir eine hoffnungslose Minderheut sein werden. Wir können außerhalb der SPD, viel besser wirken, weil namentlich nach dem Rathenau-Mord die SPD ihre Politik nach uns einrichtete in der Furcht, Mitglieder an uns zu verlieren. Soll heute alles das nicht mehr wahr sein, was wir gegen die Koalitionspolitik sagten, und was Crispian noch 1919 schrieb? Noch im Mai dieses Jahres sprach sich Crispian gegen die Vereinigung mit der SPD aus. Nach dem Stinnesvertrag bedeutet die Einigung, jetzt vollzogen, direkte Unterstützung einer sozialistisch-kapitalistischen Regierung unter Einbestellung der Volkspartei, also

Ueberrang zum Bürokratismus.

Auf Programme lege ich wenig Wert. Papier ist geduldig. Aber kein Wort steht in dem Einigungsprogramm von der „Diktatur des Proletariats“ und dem „Klassenkampf“, es schwärzt völlig über Koalitionspolitik. Seine Bedeutung erhält das Programm durch das, was es nicht enthält. Das Wort „Klassenkampf“ ist zwar darin enthalten, aber gerade darin dokumentiert sich die

Uebereinkimmung mit dem vielfachschmähten „Görliner Programm“.

das aus das Wort „Klassenkampf“ enthält. Jeder Hinweis fehlt, wie die Forderungen, die aufgestellt werden, in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen.

Auffallenderweise hat die SPD-Presse zu dem Aktionsprogramm bisher geschwiegen. Das ist kein Zufall. Soweit sie aber bisher Stellung nahm, bewies ihre Auslassungen, daß man im Gegensatz zu Krilles Behauptung in der SPD, nicht gewandelt hat. (Genosse Rosenfeld verliest Zitate der rechtslos, „Mündener Post“.) Wer glaubt daran, daß wir in der SPD, Raum zur freien Propagierung unserer bisherigen Grundbisse haben? Die SPD-Führer wissen noch mit jeder Opposition fertig zu werden.

Genosse Rosenfeld kritisiert dann im einzelnen die Forderungen zur Bekämpfung der Klassenjustiz, die er ebenso wie die Forderungen zur Finanzreform für unzulänglich und für ein Juristengewirr hält. Genau so liegt es mit der Frage der Internationale.

Die Vereinigung der SPD mit der U.S.P. bedeutet praktisch den

Eintritt in die SPD.

Sie bedeutet weiter den Eintritt der Wiener Arbeitsgemeinschaft in die 2. Internationale, die bei Kriegsausbruch versagte, die den Krieg verlängerte, die wir bekämpften.

Ich bin nicht gegen die Einigung, sie ist vielmehr eine Notwendigkeit (Stürmische Beifall!). Aber ist die Einigung zwischen U.S.P. und SPD, ein Mittel, die Einigung zu fördern? Ich bestreite das. Eine Einigung mit den Kommunisten kann nach dem, was wir erleben, nicht in Frage kommen. Freilich können wir nicht so lange warten, bis die SPD, einlaunadreif geworden ist. Aber eine völlige

Einigung kann doch nur erfolgen, wenn auch die SPD, mitmacht. (Auf einen Zwischenruf Crispian erklärt Rosenfeld, daß man eben warten müsse, bis auch die Kommunisten einigungsreif sind. (Stürmische Beifall!))

Wir müssen den Mut haben, die Partei aufrechtzuerhalten, wenn wir unserer Sache in der Hoffnung treu bleiben wollen, uns durchzusetzen. Um die Einigung des gesamten Proletariats durchzuführen, fordere ich die Genossen auf, mit mir gegen die Vereinigung von SPD und U.S.P., für Aufrechterhaltung der U.S.P. zu kämpfen und meiner Resolution zuzustimmen.

Genosse Rosenfeld verliest nunmehr eine Resolution, die eine Vereinigung von U.S.P. mit SPD, mit der Begründung ablehnt, daß sie die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien gestatte und den Versuch auf die Diktatur des Proletariats und der anderen revolutionären Forderungen des Leipziger Aktionsprogramms bedeuete.

Darauf verliest der Vorsitzende Genosse Koch folgende Resolution des Büros:

„Die außerordentliche Generalversammlung der U.S.P. Groß-Berlin erkennt in dem vorliegenden Aktionsprogramm eine geeignete Grundlage für die zu bildende Vereinigte Sozialdemokratische Deutschlands.“

Einmehrer wird die auf 10 Minuten Rededauer beschränkte Diskussion eröffnet.

Gen. Wewerke: Der bisher von der U.S.P. vertretene Geist wird in der Vereinigten Partei verloren gehen. Die große Gefahr besteht darin, daß künstlich die SPD, eine große Schlagkraft entfalten kann durch ihre Antikoalitionspolitik. Durch die Verschmelzung mit der SPD, geraten wir auf einen sehr gefährlichen Boden. Die Aufgabe der Koalitionsgenossenschaft ist ein ungeheurer Einsatz am Schaden der Gesamtarbeiterschaft.

Gen. Crispian: Die Berufung des Genossen Rosenfeld auf den Stinnesvertrag und die Reparationspolitik ist vollkommen abwegig. Infolge der Nachtverhäufung seit 1918 liegen die Dinge heute so, daß durch die Verplitterung kein Arbeiterführer imstande ist, den Kapitalismus so zu bekämpfen, als es in der Einheitsfront geschehen kann. Es ist unsere Pflicht, das gegenüber jenen Genossen anzusprechen, die die Einigung den Arbeitern vereten wollen. (Stürmischer Beifall) Die Arbeiterschaft ist heute nur durch praktischen Erfahrung zu belehren. Ich treibe noch heute zu dem, was ich im Jahre 1919 schrieb. Aber damals hatten wir den Moskauer, der eine andere Einstellung erforderte. Wer kann heute behaupten, daß sich namentlich nach dem Rathenau-Mord eine Wandlung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen hat. 1919 kämpften wir um den Sozialismus, 1920 für die sozialistische Regierung, jetzt um den Bestand der bürgerlichen Republik. Die deutsche Arbeiterschaft wird durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien kampffähig werden. Wer das will, der stimmt für die Einigung. (Stürmischer Beifall!)

Gen. Zehner: Keiner konnte die Einigung mehr fördern als Rosenfeld durch seine heutige Rede. Wir müssen als Klasse zusammenkommen, und wir dürfen nicht weiter Splittierpolitik treiben. Wir dürfen nicht warten, bis wir niedergebittelt sind und eine Helferrregierung haben. Die Taffassen, die stärker sind wie wir, fordern gebieterisch die Einigung.

Gen. Hentze: Die Einigung ist keine Spekulation, sondern eine Notwendigkeit. Wer sich jetzt der Vereinigung widersetzt, beweist, daß er kein Vertrauen zu sich selbst hat. Den Kritikern am Aktionsprogramm sage ich: Auch mit allen revolutionären Worten werden wir im Kampfe nicht vorwärtskommen, wenn die Bedingungen für das Proletariat nicht günstig sind.

Gen. Schünemann: Es ist eigentümlich, daß wir heute über Dinge beraten, die von einflussreichen Führern längst entschieden sind. Die grundsätzlichen Gegensätze, die uns 1917 trennten, sind heute noch nicht überwunden. Die SPD hat sich nicht geändert und wird sich auch in Zukunft nicht ändern, um so mehr als auch U.S.P.-Leute bereit sind, Koalitionspolitik zu machen.

Gen. Lieblschi: Es ist nicht richtig, daß wir Gegner der Einigung sind. Wir wollen den revolutionären Klassenkampf, der mit der SPD, nicht erreicht werden kann. Die Massen wollen die klare, radikale Politik. Der Einigungsgedanke ist aus den Kreisen der Reichskonferenz entstanden. Nicht die Massen drängen zur Einigung (Widerstand), sondern

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(45. Fortsetzung.)

Philipp kam mit einem schweren Kopfe heim. Er überlegte; was wollte man in dem öden Nest machen, man mußte ins Wirtschaftshaus gehen. Aber woher das Geld nehmen? Sechzig Mark bekam er im Monat. Nichts hinten, nichts vorn. Die andern hatten alle Privatsunden. Aber wer würde ihm Privatsunden anvertrauen? Höchstens von den paar Lateinschülern in der Schule. Aber die Lateinschüler, das waren die ausgefuchst besten. Da war keine Nachhilfe nötig.

Er stand am Fenster und schaute in die Nacht. Das Städtchen schlief. Die Laternen waren gelöscht. Es war ruhig und dunkel in den Gassen. Der Mond war hinter den Wolken. Die alten, breiten Giebel der Häuser verloren sich in das Schwarze der Nacht. Auf dem Nachbarhause an der Ecke gingen ein paar glühende Punkte über den Kannel hin. Eine Raue schlief da. Nun ging drüben im Bäderhause ein Licht auf. Eine Frauengestalt, im Nachthemd, huschte durchs Zimmer hin. Er starrte.

In dem Birnbaum vorm Fenster flüsterten die jungen Blätter. Was sie einander erzählten? Ein paar Frühlingssnächte hatten sie erst aufgeweckt.

Die Wolken zogen in dunklen Reihen. Dann und wann bekam eine einen hellen Rand. Es war schön, dem zuzusehen. Es hielt nichts fest, es war ein ständiger Wechsel. Dann und wann erschien auch ein Stern dazwischen. Ganz blaß — und nur auf einen Augenblick. Die Augen mußten an die Nacht gewöhnt sein. Drüben im Bäderhause huschte wieder ein Licht. Der Philipp sah deutlich einen bloßen Frauenarm und die Linie einer Frauenbrüste. Das Licht fiel darauf — und die Vorhänge dämpften es wieder.

Ein eigentümlicher Duft strömte herauf. Der Philipp sog ihn ein. Blühte denn schon wo der Kletter? Drüben im Hotelgarten? Da war alles früher. Der Philipp dachte an die Mutter, an den Garten

dahem. Und dann sah er einen anderen Garten im Mondschein — und zwei, die sich küßten.

Und die Eulenmühle.

Da wird ihm weh. Jeden Baum in den Wiesen, seine Form, seine Entfernung von den andern, die Weiden längs des Baches, die Pappeln an den Chauffee, die Erlen am Feldwege, den Bahndamm, die Brücke und die beiden Viadukte.

O, wenn er nur alles weit von sich werfen könnte. Die Verachtung der Urpädagogen fiel ihm ein. Und doch gehörte er ja zu ihnen. Ja, zu ihnen gehörte er, und nicht etwa zum Doktor Nord, obgleich der „Kollege“ zu ihm sagte.

Das Wort vom verfahrenen Karren fiel ihm ein.

„Ach was, was weh denn der Spengler Schlüssel davon. Davon versteht er nichts, so viel er sich sonst auch angelesen haben mag. Und 's ist ja nur angelesen für die Menschen. Wer hat Respekt davor? Niemand. Aber was Nichtiges ist auch dran. Es wird niemals das Ganze, Runde. Wie keiner ein großer Herr werden wird, der in einer Hütte auf die Welt gekommen, wie ich. Die Hütte hängt einem zu Lebttag an. Irgendwie merkt man sie. Ueberhaupt — wie ich da herum lauf, das ist gar nichts. Nichts Halbes, nichts Ganzes. Oder nur Halbes. Verspuchter, dummer Kram. Hält ich lieber Stiefelspanner werden sollen. Und dieses Nest — und diese Sorte Menschen — Welt ist das nicht, Welt ist ganz was anderes und ist ganz anderswo. Welt ist weit draußen, wo man frei ist und ganz und gar dasteht, wie einer, den man hinten und vorn betrachten kann und zu dem sein Dreck gehört wie sein Glanz. Aber diese aufgebügelte, innerlich so schädige Kleinstadtgesellschaft, das ist keine Welt, und das sind keine Menschen.“

Der Hahn krächte, die Tauben ruckten.

Die Strahe herauf kam pfeifend ein Bäderjunge. Die breiten Häusergiebel wurden deutlich im Dämmer, die Schornsteine hoben sich von den Dächern ab. Drüben in der Bäckerei wurde es laut. Der Tag stand vor den Türen. Eine letzte Feuchte war in der Luft,

die sich ein bißchen erhoben hatte und härter durch die Bäume wehte.

Der Philipp sog sie ein. Und mit ihr den Geruch der Syringen, die wohl im Hotelgarten aufgeblüht waren. O, war das süß. Würzig. Und machte so durstig und begehrlieh.

Er zog seine Vorhänge zu und legte sich schlafen und schlief matt in den Morgen hinein. In seinen Träumen zogen weiße Nebel über das Selztal dahem und er stand im Hemde an der Silberpappel der Eulenmühle. Er fror.

Er fror im Traume so sehr, daß er davon aufwachte. Und da fror er wirklich. Er hatte sich schlecht zugedeckt gehabt. Nun klopfte es aber an die Tür.

„s ist Zeit, Herr Kaiser.“

Er froh müde aus den Federn. Auch das kalte Wasser nahm ihm nicht die Benommenheit seines Kopfes.

Pfui, war das alles ecklig. Und daran war nur seine Mutter schuld.

2.

Drei Tage lang geht es mit dem Philipp herum, daß er der Mutter einen Vorwurf gemacht hat. Drei harte Tage. Und kaum hat er's vergessen, da fällt's ihm wieder ein. Und dann, wenn's ihm einfällt, geht ihm ein Jucken durch die Glieder und ein Schmerz läuft ihm übers Gesicht, daß es ihm einen Augenblick lang in lauter Falten erstarrt. Dann zwingt er's wieder hinunter.

Den Glieder ist wirklich aufgeblüht und alle Büsche hängen von schweren Trauben voll. Die Luft ist voll von dem süßen Wohlgeruch. Und der Philipp riecht die Weiden um die Eulenmühle dahem, und riecht das Gras in den Wiesen und die Triebe der Weiden und die bitteren Blätter der Pappeln. Das erfüllt ihm die Gassen des Städtchens und erfüllt ihm die Stube und das Schulzimmer und läuft in ihm um, wie eine Ameisenschar, mit hunderttausend geschäftigen kleinen Füßen, die auf den verschiedensten Nerven prickeln.

(Fortsetzung folgt.)

die Organisationsführer. Wir werden den Kampf führen, um die NSD, aufrechtzuerhalten.

Gen. Sifferdina: Zwei Wege gibt es, die zerplitterte Arbeiterschaft zusammenzubringen. Entweder die Führer erkennen die Zeichen der Zeit, oder die Anführer der Reaktion prägen die Proletarier zusammen. Die Situation ist sehr ernst. Es handelt sich nicht um Räuberpoltik oder Diktatur des Proletariats, sondern darum, die wacklernde und noch verbliebenen Errungenschaften der Revolution zu retten. Das Unternehmertum läuft Sturm gegen den Achtundzwanzigsten. In Deutschland sind unsere Genossen nach Schaffung der mit Proletariern durchsetzten Armee aus der Regierung ausgeschlossen, weil sie glaubten, die Koalition nicht mehr verantwortlich zu können. Jetzt möchten sie wieder hinein, um schlimmes zu verhindern, und müssen nun erleben, daß der reaktionäre Bundeskanzler Seipel zu ihnen sagt: ich brauche euch nicht mehr. Er hat offen ausgesprochen, daß er gegen die Machtübernahme der Sozialisten absieht. Die Einleitungsarmee zu Dillste rufen würde. In Italien ist die sozialistische Partei fast vollständig zerstört worden, obwohl man dort keine Koalitionspolitik getrieben hat. Der übertriebene Radikalismus hat dort die Verhältnisse groß werden lassen, die jetzt ausfallend die innere Politik Italiens beherrschen. Was ist das für eine materialistische Geschichtsauffassung, jetzt einigen Personen und namentlich der alten Arbeiterräte die Schuld an der Entwicklung in die Schube schieben zu wollen? Entweder, wir machen Sektensplitter mit einem schönen revolutionären Programm, ohne die Möglichkeit zu haben, es in die Tat umzusetzen, oder aber wir müssen heraus aus der Isolierung und Sektiererei, um zur Machtübernahme zu kommen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. In der nun folgenden Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen wird die Resolution des Genossen Nicolienfeld abgelehnt und die Resolution, die das vorliegende Aktionsprogramm als allgemeine Grundlinie für die an bildende Vereinigte Sozialdemokratie ansieht, mit überwältigender Majorität angenommen.

Damit sind die von den einzelnen Distrikten gestellten Anträge zum Teil erledigt. Angenommen wird noch ein Antrag des Distrikts Svanönd, der sich gegen den immer mehr um sich greifenden Alkoholismus wendet.

Mit einem Hinweis auf die am Freitag stattfindenden öffentlichen Versammlungen gegen die Tenebrina schloß Genosse Koch die Generalversammlung.

Personen- und Gütertarif-Erhöhung

(Amtlich.) Durch die außerordentliche Geldentwertung der jüngsten Zeit und die damit in Zusammenhang stehende erhebliche Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben ist die Reichsbahn genötigt, auf eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen durch weitere Tarifserhöhungen Bedacht zu nehmen. Die Erhöhung der Fahrpreise zum 1. Oktober 1922 um etwa 50 Prozent reicht nicht aus, um den bevorstehenden Mehrbedarf zu decken. Aus vorwiegend drucktechnischen Gründen ist es nicht möglich, der Geldentwertung sofort durch entsprechende Steigerung der Einnahmen im Personenverkehr folgen zu können. Es ist vielmehr, wie bereits in der Sitzung des Reichsbahnrats am 30. August mitgeteilt wurde, eine weitere Erhöhung der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fahrpreise um 60 Prozent in Aussicht genommen, die zum 1. Dezember 1922 wirksam werden soll. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahrpreise und die Preise für Reisarten aller Art.

Die neuen, vom 1. Dezember 1922 ab gültigen Fahrpreise betragen in Güter- und Personenzügen in der 4. Klasse 75 Pf. (das ist das 5fache), in der 3. Klasse 108 Pf. (das 3fache), in der 2. Klasse 180 Pf. (das 4fache), in der 1. Klasse 324 Pf. (das 6fache des Friedenspreises).

Die Schnellzugzuschläge, die gegenwärtig betragen:

- 1. Zone in 1.-2. Klasse 10 M., in 3. Klasse 8 M.;
- 2. Zone in 1.-2. Klasse 30 M., in 3. Klasse 24 M.;
- 3. Zone in 1.-2. Klasse 45 M., in 3. Klasse 36 M.;

heigen auf:

- 1. Zone in 1.-2. Klasse 50 M., in 3. Klasse 35 M.;
- 2. Zone in 1.-2. Klasse 100 M., in 3. Klasse 70 M.;
- 3. Zone in 1.-2. Klasse 150 M., in 3. Klasse 105 M.;

oder gegenüber den Friedenspreisen in der 1. und 2. Zone um das 100fache, in der 3. Zone um das 70fache.

Als Preis für Güterarten wird die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse beibehalten. Der Preis der Bahnsteigkarten wird von 1,50 M. auf 2,50 M. festgesetzt und die Gebühr für Erlaubnisarten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufsteigen oder Absteigen von Reisezugszügen von 20.- M. auf 48.- M. monatlich erhöht. Die Preis-erhöhung wird im Wege der Ueberkompelung und des Neubaus der Fahrarten durchgeführt.

(Amtlich.) Die Deutschen Eisenbahn-Güter- und Tarif-erhöhung wurden zuletzt am 1. Februar 1922 durchgearbeitet. Die damals anzuwendenden Vorschriften konnten teilweise der freiziehenden Geldentwertung nicht lange anferhalten werden, sondern mußten jeden Monat, abgesehen vom August, erhöht werden. Die Reichsbahn hat daher unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens eine Neubearbeitung der Tarife vorbereitet und dem Reichsbahnrat vorgelegt. Grundlegende Änderungen des Tarifwesens und der Tarifbildung wurden hierbei nicht vorgenommen. Dagegen sind die horizontalen Staffeln (d. h. die Spannungsverhältnisse der Güterklassen untereinander) und die vertikalen Staffeln (d. h. die allmähliche Ausdehnung der Warenklassen nach den weiteren Entfernungen) nicht mehr in bestimmten Proportionen, sondern in Verhältnis-zahlen festgelegt worden. Ab 1. Oktober 1922 gelten folgende Verhältniszahlen für die horizontale Staffelung:

Stückklassen	Wagenladungsklassen						
	I	II	A	B	C	D	E
Bei den Strecken-	150	140	100	73	55	35	26
Bei den Abfertigungs-	170	170	100	73	55	35	26

Die vertikale Staffelung ist nunmehr für alle Klassen (Wagenladungen und Stückgut) allmählich gebildet. Die für 100 km angenommene Verhältniszahl von 100 senkt sich um 5 für je weitere 100 km, beziffert sich also bei 1000 km auf 55. Bei den Zierschichten und Ausnahmestellen sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Endlich wird im Einverständnis mit dem Reichsbahnrat die Mindestentfernung für die Berechnung der Fracht von 10 km auf 5 km herabgesetzt. Die Verhandlungen im Reichsbahnrat haben gezeigt, daß sich die Eisenbahnverwaltung bei ihrem Neuaufbau des Tarifes fast durchwegs in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichsbahnrats, also führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens, befindet. Der neue Normaltarif und die beibehaltene Staffelung des Kohlenormaltarifs können daher als „Standardtarif“ auch in der nächsten Zeit bei etwa neuerdings notwendiger Tarifserhöhungen unbedenklich als allgemeine Grundlinie angenommen werden. Hierdurch wird auch eine Stetigkeit des Tarifes wenigstens hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den einzelnen Frachtklassen wieder geschaffen werden.

Groß-Berlin

Agnes Fahrenwald

Zu ihrem 70. Geburtstag

Heute begeht eine unserer bekanntesten und von allen Parteigenossen hochgeschätzte Genossin, Agnes Fahrenwald, ihren 70. Geburtstag. Sie gehört mit zu der Generation von Arbeiterfrauen, die von Anfang an in der sozialistischen Bewegung gestanden haben. Schon unter dem Sozialistengesetz war sie eine eifrige Arbeiterin. Von 1891 bis 1898 war sie Vorsitzende des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins in Berlin und Umgebung. 1897 stand sie mit an der Spitze der Agitationskommission für Frauen und war eine der Angeklagten in dem berühmten Prozeß, der von der Polizei gegen sieben Genossinnen wegen Ueberschreitung des Vereinsgesetzes eingeleitet wurde. Damals wurde sie von der Anklage freigesprochen. Von 1901 bis 1906 hat sie mit der verstorbenen Genossin Luise Bieg zusammen in der Hamburger Frauenbewegung gearbeitet. Seitdem ist sie bis zum heutigen Tage in der Berliner Partei und Frauenbewegung unermüdet tätig. Jahrelang war sie Leiterin der Frauenkommission des 4. Berliner Wahlkreises. Heute vertritt sie außerdem die Partei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, wo sie durch die Frische ihres Temperamentes sich auch die Achtung anderer Parteien erworben hat. Noch vor kurzem mußte sie sich einer Augenoperation unterziehen, ohne daß sie in ihrem Arbeitsseifer irgendwie erlahmte. Wir wünschen der Jubiläarin, daß sie mit gleicher Frische noch lange in der Berliner Arbeiterbewegung tätig sein möge.

Neue Verkehrstarife

Die Magistratsvorlage, die eine Erhöhung der Straßenbahnstarife von 8 auf 12 Mark vorschlägt, dient den reaktionären Kreisen wie gewöhnlich zur Wiederholung alter Klagen und alter Wänsche. Bei jeder Gelegenheit versuchen sie immer wieder einen Vorstoß auf Entkommunalisierung der Straßenbahn. Besonders der Hinweis auf die niedrigeren Tarife der Untergrundbahn und der Stadtbahn sollen dem aufgestörten Publikum den Eindruck suggerieren, als ob die billigen Tarife der Untergrundbahn mit dem Segen der Privatwirtschaft und die teuren Tarife der Straßenbahn mit der „Mißwirtschaft der kommunalen Betriebe“ zusammenhängen. Die schreibgewandten Herrschaften der Rechtsparteien, die durch die großstädtische Boulevardpresse immer wieder dieselben Schwindeleien in die Welt hinausschreien, wissen natürlich ganz genau, daß der Zusammenhang ein ganz anderer ist. Es ist bekannt, daß die Stadtbahn mit einem außerordentlichen Defizit arbeitet, das auf etwa eine Milliarde im Jahre geschätzt wird. Die Stadtbahn steht sich deswegen auch genötigt, vom 1. Oktober ab ihre Tarife um 100 Prozent zu erhöhen, so daß der Preis für die niedrigste Fahrkarte 6 Mark betragen wird. Auch diese Erhöhung wird bald durch eine schon jetzt angekündigte Preiserhöhung am 1. Dezember überholt werden. Auch die Untergrundbahn erhebt heute bereits (eine neue Tarifserhöhung steht bevor) trotzdem sie betriebsmäßig viel günstigere Bedingungen als die Straßenbahn hat, Preise bis zu 9 Mark. In anderen deutschen Städten, in denen das Straßenbahnwesen weniger ausgebaut ist als in Berlin, betragen die Straßenbahntarife heute bereits bis zu 15 Mark. So z. B. in Hamburg, wo das Ideal des Herrn Dr. Michaelis in Form eines gemischtwirtschaftlichen Betriebes für alle Hamburger Verkehrsunternehmungen erreicht ist. Natürlich ist den Kritikern der Berliner Tarifpolitik darin recht zu geben, daß die Punktbedeutung der verschiedenen Tarife der verschiedenen Verkehrsunternehmungen außerordentlich störend für das Publikum ist. Dem könnte nur abgeholfen werden, wenn die Berliner Verkehrsunternehmungen in eine gemeinsame Organisation gebracht würden. Jetzt ist es zum Beispiel auf der Hoch- und Untergrundbahn so eingerichtet, daß die Stadt für die unrentablen Strecken die Zuschüsse bezahlen darf und die Hochbahn dafür die Ueberchüsse der rentablen Strecken in Form von Dividenden einstreicht. Wenn die Herrschaften der Rechtsparteien und dabei heimlich sein würden, auch diese Verkehrsunternehmungen zu kommunalisieren und dadurch einen Ausgleich der Tarife im Interesse des Publikums herbeizuführen, dann würden wir das sehr begrüßen. Vorläufig müssen wir aber befürchten, daß man durch Sabotage die Straßenbahn der Stadt nehmen will, um dann, wenn wirklich das Privatkapital das Unternehmen, das jetzt bedenkend besser dasteht, als zur Zeit seiner Uebernahme durch die Stadt, in die Hand bekommen hat, das Publikum um so rücksichtsloser zu schröpen.

Schulmoral

Schrippen für arme Kinder, die Moral und das Provinzial-Schulkollegium

Was diese drei Dinge miteinander zu tun haben, darüber wird uns das folgende geschrieben:

Amtiert da an einer Gemeindeschule im Südosten Berlins ein Rektor R., dem beim Rechnen mit Schrippen ein kleiner Rechenfehler unterlaufen sein soll. Von dem Betrage, der aus dem von Frau Roffe für arme Kinder gestifteten Fonds dieser Schule überwiesen worden war, kaufe er fünf und dreifig Schrippen. Davon verteilte er dreifig bestimmungsgemäß an arme Schülertinnen und behielt — keine mehr übrig, jedenfalls nicht für die seiner Geburt unverzinsten Kindern. Einmal nun trug es sich zu, daß dieser Herr Rektor durch einen Lehrer derselben Schule vertreten werden mußte. Dem Vertreter fielen selbige Schrippenwunder und noch ähnlich Zeisames in der Amtsführung des Rektors auf. Er soll späterhin mit diesem darüber Rücksprache genommen haben, erhaltete aber zunächst nicht Angelegenheit. Wir vermuten u. a. auf Zurechen dieses seines Vorgesetzten. Man kann das verstehen. Lehrer sind eben Beamte. Und die preussische Beschwerdebefugung ist halt ein nettes Ding. Wie oft ist nicht schon der Schuß am verkehrten Ende herausgekommen! Schließlich entschloß sich der Lehrer doch, die Verfehlungen des Rektors zur Anzeige zu bringen. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Der Geheimrat Prekel, ein früherer preussischer Rektor, sprach dem — Beschwerdeführer um die Pfingstzeit herum mit noch einigem Hin und Her „unsere ernste Mißbilligung“ aus. Man freudete ihm an, daß er mit der Anzeige ein reichliches halbes Jahr geartet hatte. Wie war es doch beim Kommis? Ja nicht vor dem dritten Tage und dann mit umgeschaut und Helm auf! Wieviele unfor-

mierte Untertanen stug man nicht allein schon in diesen Maschen. — Auch der Rektor bekam seinen Wücher. Dabei wurde ihm von seiner vorgelegten Behörde attestiert, daß er nicht aus unmoralischen Motiven gehandelt habe. Man hat es darum auch so einzurichten gewußt, daß dieser Herr Rektor seiner Schule erhalten bleiben soll. Das bedeutet natürlich, daß der betreffende Lehrer, ein Genosse, sich von der Schule wird verweisen lassen müssen.

Also nicht aus unmoralischen Motiven? Was ist das für eine Sorte Moral, gegen die es nicht verstößt, wenn ein Rektor sich an den Schrippen hungernder Kinder verreckelt? Aber dem Lehrer, mit dessen Anschauung von Moral und Sauberkeit sich dergleichen nicht verträgt, dem konnte dieser Herr Prekel auf die Anzeige hin schreiben:

„Wenn Sie die Anzeige so lange zurückgehalten haben und in der Zwischenzeit gleichwohl mit dem Genuß des meinschen (was gar nicht zureifen soll — d. Red.) in Ausdauerleistungen darüber eingetreten sind, so haben Sie damit zu erkennen gegeben, daß es Ihnen weniger um die so dringliche Klarstellung dieser Angelegenheit zu tun war als um die Verfolgung persönlicher Zwecke. Ein solches Verhalten ist eines Lehrers und Erziehers nicht würdig. Wir sprechen Ihnen für diese Aushilfsleistung Ihrer amtlichen Pflicht unsere ernste Mißbilligung aus.“

Jährwahl, ein Dokument preussischer Kultur! Es riecht nach dem Dred und Juchten russischer Geheimratsstube. Allerdings ist das nicht der Stil altpreussischer Geheimräte. Das ist die Handschrift der Herren aus der Zeitung des Deutschen Lehrervereins, die der brave Daniel Händel zu Hüttern des neuen Geistes berufen hat. Der Deutsche Lehrerverein kann auf seine Vorstandsmittelglieder stolz sein! Wissen übrigens die Herrschaften im P.S.R., wer in der Regel persönliche Zwecke verfolgt? Wer ein halbes Leben lang den Buckel uoch frümmer machte als die anderen Erziehungsbeamten, so daß er schließlich in die Lage kam, ein höheres Gehalt zu schlucken als sie — im alten Preußen natürlich!

Zum Schluß noch eine Frage: Wie denkt die Schuldeputation über diese Einschätzung der Moral, die im Berliner Schulleben zu Hause ist? Religiös-fittliche Bildung! Wo las man so viel davon? — Man kann doch im Gegensatz zum hohen P.S.R. auch zu anderer Meinung kommen. Es könnte doch sein, daß diese Sorte Moral unter dem Eindruck der Ereignisse als einwandfrei hinförder geltend würde.

Die Steuerfabrikation des Lunaparks

Der Ferkel, den die Wilmersdorfer Sipo auf Veranlassung der Steuerverwaltung gegen den Lunapark inszenierten, hat in der Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Es ist bezeichnend, wie ein Teil der hauptsächlichsten Presse (namentlich die reichsweitesten „Volkswagen“ und „Tag“) offen für die Direktion und ihre ganz offenkundige Steuerfabrikation Stellung nimmt. Leider haben sich auch Arbeiter und Angestellte gefunden, die die Unterschlagung der Direktion (beim anders kann man das Einbehalten der Steuern nicht bezeichnen) unterstützen. Wir wollen nur hoffen, daß die Energie, mit der man dieser Gesellschaft auf den Leib gerückt ist, anhält. Bis jetzt ist es doch im allgemeinen so, daß zwar dem Lohnempfänger die Steuern pünktlich bei der Lohnzahlung bis auf Heller und Pfennig abgezogen werden. Die großen Unternehmungen können dagegen Millionenbeträge ruhig zunächst einbehalten und mit dem Gelde wirtschaften. Was es mit dem ganzen Vomento der Lunaparkdirektion auf sich hat, geht klar aus der Darstellung der Steuerverwaltung hervor. Danach hat sich der ganze Vorfall folgendermaßen abgespielt:

Die Direktion des Lunaparks ist bis Anfang Juli mit den wöchentlich falligen Abnahmen der Luftscharftsteuer auf dem laufenden gewesen. Hierauf ist sie mit der Ueberführung der falligen Wochenbeträge bis heute in Verzug geblieben. Es bleibt festzustellen, daß es sich um Steuerbeträge handelt, die die Verwaltung des Lunaparks den Besitzern ihres Unternehmens ausdrücklich als Luftscharftsteuer abforderte und die somit nicht in das Eigentum des Unternehmens übergehen. Die Gesamterhöhung beträgt jetzt 2,7 Millionen Mark. Mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen über Forderung der Finanzdeputation und der Unternehmungen übergeben. Die Gesamterhöhung beträgt die künftige Steuerverwaltung Schritte gegen die Schuldnerin zunächst nicht einzuleiten. Dieses Entgegenkommen der Steuerbehörde hätte sich selbstverständlich auch darauf, daß die Unternehmerrin die einzuziehenden Steuerbeträge lediglich für die Stadt Berlin bis zur Abforderung verwahre. Die Verwendung des Geldes für die Zwecke der Gesellschaft ist widerrechtlich. Die Direktion des Lunaparks ist dann zuletzt am 24. August nach wiederholter Mahnung an die Abforderung der anfallenden Steuerbeträge gemahnt worden, unter ausdrücklicher Androhung der Pfändung eines Betrages von 250.000 Mark zunächst ab.

Am Donnerstag, den 7. September besaßen sich die Vollziehungsbeamten des Bezirksamts Berlin-Wilmersdorf zunächst in das Direktionsbüro zum Direktor Goldberg, um unbedingt unauffällig die Beschlagnahme der Kassenbestände vorzunehmen. Direktor Goldberg erhob gegen die Pfändung auch keinen Einspruch, stellte vielmehr zunächst die Einnahme des Pfändungsgegenstandes zur Verfügung und ver sprach feierlich, dafür einzustehen, daß der gesamte Anhalt aller Kassen höchstens bis um 11 Uhr abends feststeht und den Vollziehungsbeamten auszuhandeln sein würde. Um so erkannte waren jedoch die Vollziehungsbeamten, als sie kurze Zeit hierauf bemerkten, daß die Beleuchtung ausbleibe, und sämtliche Kassen mit ihren Kassen verschwand und nicht mehr anfinden waren. Die Vollziehung war somit arbeitslos und durch eine bewusste Täuschung der Vollziehungsbeamten an diesem Tage vereitelt. Am Sonnabend, den 9. September wurde zum dritten Mal zur Vollziehung geschritten. Die Vollziehungsbeamten erlitten dieses Mal unvermerkt an den Kassen, hier fanden sie nur geringe Beträge, weil die Direktion die künftige Abforderung der Kassenbestände veranlaßt hatte. Mit Rücksicht auf das wesentliche Verhalten des Direktors Goldbergs und weil nach den Erfahrungen am Donnerstag mit schärferem Widerstand gegen die Pfändung gerechnet werden mußte, war seitens des Bezirkssteueramtes die abschließend vorzuziehende polizeiliche Sicherung der Durchführungen bei der Schutzpolizei nachgesucht worden. Der Verlust der Vollziehungsgegenstände eras, wie beherzigt die Befürchtung einer solchen Störung war. Während die Vollziehungsbeamten den Kasseninhalt an sich nahmen, trat Direktor Goldberg und der hiefortretende Direktor Andrien zusammen mit anderen Anwesenden auf und blies anreißende Reden an die Anwesenden, um

Gewerkschaftliches

Die Not der Arbeiterpresse Die Gewerkschaften wollen helfen

Am Sonntag, den 10. September 1922, fand im Gewerkschaftshaus zu Berlin eine Konferenz des Kartells der Gauleiter aller freien Gewerkschaften für die Provinz Brandenburg sowie der Ortsangehörigen der einzelnen Verbände statt.

Nach einem vorzüglichen Referat des Genossen Lüdemann über soziale Bauhütten-Genossenschaft und ergiebiger Aussprache wurde einstimmig nachfolgende Entschließung angenommen:

Die heute, am 10. September 1922, im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Gauleiter und angehörten Funktionäre der freien Gewerkschaften der Provinz Brandenburg erkennt die dringende Notwendigkeit an, die sozialen Bauhütten aufzuerbauen und beschleunigt:

1. Alle Ortsverwaltungen der einzelnen Gewerkschaften, welche vermöge ihres Ortskassenbestandes dazu in der Lage sind, haben unverzüglich namhafte Summen für die Bauhüttenbeweasung zur Verfügung zu stellen.
2. Sollten Ortskassenbestände nicht vorhanden sein, so soll ein einmaliger Beitrag in Höhe von Mk. 20,- pro Mitglied gezahlt werden.
3. Die Hauptverbände der Gewerkschaften sollen ersucht werden, ihre Zustimmung zu dem im Punkt 2 gedachten Umlageverfahren zu erteilen.
4. Die so gesammelten Gelder sind an die Gauverbände abzuführen und durch diese in den Bauhütten-Betriebsverband Berlin-Brandenburg einzubringen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Partei- und Arbeiterpresse“ wurde nach einem interessanten Referat des Genossen B. Krüger gegen eine Stimme nachfolgende Entschließung angenommen:

„Die am 10. September in Berlin tagende Konferenz der Gauleiter und Angehörten der Gewerkschaften in der Provinz Brandenburg und Grenzmark verfolgt mit tiefster Besorgnis die katastrophale Entwicklung auf dem Zeitungsmarkt. Die Preisrevolution der letzten Wochen gefährdet ernsthaft den Bestand der Arbeiterpresse, wenn nicht schnellstens durchgreifende Hilfe gewährt wird. Soll unser geistiges und politisches Leben nicht völlig verfallen, muß neben der staatlichen Unterstützung, die der gesamten deutschen Presse zuzuführen ist, die organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenerschaft zur Selbsthilfe schreiten, um die eigenen Unternehmungen unter allen Umständen zu sichern.“

Die Konferenz stellt einmütig fest, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht mit Erfolg geführt werden kann ohne eine Presse, die die öffentliche Meinung im Sinne der Kämpfenden zu beeinflussen sucht. Sie ist weiter der Auffassung, daß Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterpresse untrennbar miteinander verknüpft sind, daß eins ohne das andere die gestellten Aufgaben nicht zu lösen vermag. In der Erkenntnis dieser Tatsache ersucht die Konferenz die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, folgende wichtige Forderungen alsbald praktisch werden zu lassen:

1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrages der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag muß mindestens 20 Mark pro Mitglied betragen.
2. Die örtlichen Verwaltungsstellen sowie Ortsausschüsse aufzufordern, mehr wie bisher für Veröffentlichungen den Zusatzteil der Presse zu benutzen.
3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden.

Die Konferenz verpflichtet sich, diese Forderungen im eigenen Bezirk zu verwirklichen, falls die Spitzenorganisation nicht umgehend den geäußerten Wünschen Rechnung trägt.

Wir begrüßen es, daß die Gauleiter der freien Gewerkschaften der Provinz Brandenburg gewillt sind, der Arbeiterpresse zu Hilfe zu kommen. Hoffen wir, daß auch die Spitzenorganisationen diese Forderungen auf das Reich übertragen.

Verbandsstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Die Tagung der zweiten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wurde am Sonntag in München mit einer Begrüßungsfeier eröffnet.

Es sind 21 Delegierte anwesend, die 44.000 Mitglieder vertreten. Ausländische Gäste sind aus Dänemark, Holland, Luxemburg, Oesterreich, der Schweiz und Tschecho-Slowakei erschienen.

Als Vertreter des ADGB ist Genosse Scheffel, für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund Wallenberg, für die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner sind Röhne, Döbling und Scharfshewerdt anwesend. Außerdem nimmt noch eine Reihe Vertreter anderer Berufsverbände teil.

Der Verbandsvorsitzende Scheffel begrüßte im Namen des Hauptvorstandes die erschienenen Gäste und Delegierten. Auf Vorschlag der Amsterdamer Richtung wurden drei Vorsitzende und sechs Schriftführer in das Büro gewählt. Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, die Geschäftsordnung mit der Änderung angenommen, die Redezeit der Diskussionsredner zum Geschäftsbericht auf 25 Minuten erhöht.

Nachdem noch einige Kommissionen gewählt waren, vertagte sich der Verbandstag auf Montag.

In der Montagssitzung wurde ein kommunikativer Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, die aus der Organisation ausgeschlossenen Mitglieder als Gäste zum Verbandstag zuzulassen.

Verbandsvorsitzender Scheffel erläuterte dann den Geschäftsbericht der den Delegierten auch gedruckt vorliegt.

Scheffel führte aus: Seit dem Bestehen der Organisation sei das Verhältnis der Arbeitsverhältnisse gewesen. Der Vorstand habe sein Hauptaugenmerk auf die Anbahnung der Besoldungsverhältnisse an die Preissteigerungen des Lebensunterhaltes gerichtet. Die Regierung habe sich mehrfach bei den Verhandlungen sehr kurzschichtig gezeigt, auch habe der DGB mit den Treibereien anderer Eisenbahnerorganisationen zu rechnen gehabt. — In sozialer und wirtschaftlicher Beziehung sei der bisherige große Unterschied zwischen oberen und unteren Beamten sehr ge-

mildert worden. Trotzdem habe der untere Beamte nur ein sehr dürftiges Auskommen. Es müsse ein Existenzminimum geschaffen werden, das die Lebensmöglichkeit der Beamten sichert und damit die Berufstreue sichert.

Besonders habe sich der Vorstand gegen das Gedingungsverfahren gewandt; dieses habe sich nicht als wirtschaftlich erwiesen, die Leistungen der einzelnen Werkstätten haben sich nicht gesteigert, dagegen sei die Güntling wirtschaftlich gefördert worden. Es gäbe allerdings Preissteigerungen, die das Gedingungsverfahren nicht mehr missen wollen; die Ausbreitung des Verfahrens sei kaum noch aufzuhalten.

Bei Lohn- und Gehaltsbewegungen müsse unter allen Umständen mit dem ADGB und der AFA gemeinsam gearbeitet werden. Besonders notwendig sei dies, wenn eine Bewegung zum Streik führen kann. Scheffel besprach dann sehr ausführlich die Streikfrage im Eisenbahnwesen.

Der Vorstand habe eine Reihe von Streiks verhindert, habe aber, als der Reichsstarif verhandelt werden sollte, erklären müssen, daß dann der Streik nicht aufzuhalten sei. Der Reichsminister erkannte schließlich den Ernst der Lage und es wurde der Boden zur Verhandlung geebnet. In schwieriger Situation proklamierte die Reichsgewerkschaft über die Köpfe der anderen Organisationen den Streik. Dagegen mußten wir uns wenden, forderten unsere Kollegen aber zur Verweigerung von Streikarbeit auf, und bemühten uns, das Ende des Streiks möglichst schnell herbeizuführen. Als der ADGB zur Arbeitsaufnahme aufforderte, beharrte für uns der Reichsminister nicht mehr. Die Reichsgewerkschaft verhandelt es aber nicht, die Wendung zu einem günstigen Rückschlag zu benutzen.

Der Redner betonte dann, daß sich der DGB, immer gegen schematische Entlassungen wenden würde. Die Erhaltung von Arbeitskräften könne nur nach sorgfältiger Prüfung der Betriebsnotwendigkeiten erfolgen. Ebenso werde der DGB stets arbeitsfähig für den Arbeitsmarkt eintreten, es müsse aber zugestanden werden, daß im Eisenbahnbereich Zeiten bloßer Dienstbereitschaft vorliegen, die nicht als Arbeitszeit gewertet werden dürfen. Der Vorstand habe voll sein Verantwortungsbewußtsein bewiesen.

Nach der Mittagspause besprach Scheffel die Generalstreiksaktion der Moskauer Anhängere.

Durch inheimische Wählerarbeit haben diese Leute versucht, den Vorstand des DGB, um jeden Kredit bei der Mitgliedschaft zu bringen und die Grundzüge der Organisation zu zerstören. Es haben sich Ausschüsse aus der Organisation notwendig gemacht, jedoch wird niemand wegen der Inaktivität zur AFA ausgeschlossen. Wenn die AFA jedoch nicht auf die Reibebildung verzichtet, so wird sich kaum ein gutes Zusammenarbeiten ermaßlichen lassen.

Scheffel besprach dann die Frage des Zusammenchlusses des DGB mit anderen verwandten Verbänden. Dabei sei entscheidend, wie sich mit möglichst geringem Aufwand der Zweck der Einheitsorganisation am besten erreichen lasse. In einem Zusammenchluss mit dem Transportarbeiterverband und mit dem Gemeindearbeiterverband liege die innere Notwendigkeit noch nicht vor.

Scheffel betonte dann, daß der Vorstand die Schwächung oder Zerstückelung des Deutschen Beamtenbundes anstreibe und deshalb auch den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund unterstütze. Auf die Dauer würde aber der Streik nicht ausbleiben, wo in den Eisenbahnbetrieben zwei verbündete Organisationen die Beamten für sich in Anspruch nehmen. Die Zusammenfassung in einer einheitlichen Organisation würde die Macht der Eisenbahner entscheidend stärken. Unter lebhaftem Beifall schloß Scheffel seinen Geschäftsbericht mit der Aufforderung zum abschließenden Zusammenkommen für Demokratie und Sozialismus.

Der Verbandstag vertagte sich auf Dienstag, nachdem er noch einen Antrag abgelehnt hatte, einem Redner der Opposition unbefristete Redezeit zu gewähren.

Betriebsräte

Die Gruppenvollversammlung der Gruppen

XI Metallindustrie findet am Montag, den 18. September, abends 7 Uhr, im Dresdner Casino, Dresdenstr. 96.

VII Holzindustrie am Dienstag, den 19. September, abends 7 Uhr, im Dresdner Casino, Dresdenstr. 96.

V Freie Berufe am Montag, den 18. September, vorm. 10 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17.

IV Chemische Industrie am Mittwoch, den 20. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Enckeufer 24-25, Saal 3.

II Bauern und Handel, XV Sozialversicherung am Donnerstag, den 21. September, abends 7½ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17.

III Bekleidungs- und Textilindustrie, X Lederindustrie am Montag, den 18. September, abends 7 Uhr, in den Arminkäulen, Kommandantenstr. 56.

VIII Landwirtschaft, IX Lebens- und Genussmittel am Dienstag, den 19. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Enckeufer 24-25, Saal 3.

XII Staatliche und kommunale Behörden, XIII Verkehr am Donnerstag, den 21. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Enckeufer 24-25, Saal 3.

VI Graphisches Gewerbe am Mittwoch, den 20. September, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Enckeufer 24-25, Saal 1, Saal 1.

Tagesordnung: „Die Tenerrna.“

Es ist Pflicht aller Betriebsräte, in ihren Gruppenvollversammlungen zu erscheinen. Als Ausweis dient die Betriebsratskarte und das Verbandsbuch.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Der Zerfall des Deutschen Beamtenbundes

Vom Vorstand des Verbandes der Polizeibeamten Preussens wird uns geschrieben:

Auf der am 12. und 13. September d. Js. stattgefundenen Sitzung des Vorstandes des Verbandes der Polizeibeamten Preussens (Schraderverband) unter Mitwirkung des Verbandsausschusses wurde zu der Frage Stellung genommen: „Unser Verhalten zum Deutschen Beamtenbund!“

Nach eingehender Besprechung wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Zerstückelung des Deutschen Beamtenbundes ist eine Folge der verbreiteten Wirtschaftspolitik

deselben. Schuld daran ist die Zusammenfassung der Bundesleitung. Sie ist nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Belange der großen Mehrzahl der Beamtenerschaft zu vertreten.“

Wenn trotzdem die Polizeibeamtenschaft ihrer bisherigen Spitzenorganisation noch nicht den Rücken kehrt, so geschieht dies in der Erwartung, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, die Bundesleitung arbeitslos zu machen, um auch der minderbesoldeten Beamtenschaft eine weitere Mitarbeit im DGB zu sichern.

- Unsere Forderungen sind:
1. sofortiger Rücktritt der Bundesleitung.
 2. Neuwahl spätestens im Oktober 1922.
 3. es müssen in der Bundesleitung vorhanden sein:
 - a) 4 Beamte der Besoldungsgruppen 1-5,
 - b) 3 Beamte der Besoldungsgruppen 7-9,
 - c) und 2 Beamte der anderen Besoldungsgruppen.

Die Beiträge der Mitglieder werden ihren eigentlichen Zwecken entzogen. Die Bekämpfung der Verbände (Deutscher Beamtenbund — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) ist den Interessen der Beamten schädlich und fördert das Ansehen und den Bestand des Deutschen Beamtenbundes nicht.

Unter Wahrung dieser Gesichtspunkte und bis zur Erfüllung unserer oben gestellten Forderungen werden wir dem DGB, bis auf weiteres die Beiträge verweigern.

Vor einem Streik in der Buchbranche

Die bisherigen Lohnverhandlungen für Handelsarbeiter sind als gescheitert zu betrachten, da die am 9. September mit dem Syndikat des Arbeitgeber-Verbandes der Buchbranche zunächst festgelegten Lohnsätze, die für einen über 22 Jahre alten Arbeiter einen Lohn von pro Woche 2250,- Mark vorliegen, vom Vorstand des Zentralausschusses dieser Branche abgelehnt wurden.

Da dieser Lohn weit unter den ortsüblichen Löhnen verwandter Branchen bleibt, so ist, falls am Donnerstag in der Arbeitgeber-Vollversammlung keine endgültige Zustimmung erfolgt, mit sofortiger Arbeitsniederlegung zu rechnen.

Zwecks endgültiger Stellungnahme findet am Beschluß der Vertrauensleute am Donnerstag, den 14. cr, abends 6 Uhr, bei Witte, Poststraße 20, eine Fachgruppenversammlung statt.

Damen-, Kindermäntel-, Kostüm-Konfektion

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband teilt mit: Vom 2. resp. 4. September 1922 treten neue Lohnsätze in Kraft, 5 Proz. Zuschlag auf den bisherigen Tariflohn: für Männer 69,25 M., für Frauen 47,50 M. Spitzenlohn pro Stunde. Tarifnachträge werden im Büro, Sebastianstr. 37-38 und in den Bezirksversammlungen ausgegeben.

Die nächste Branchenversammlung — nur für Mitglieder — findet am Donnerstag, den 14. September, abends 6 Uhr, in den Sophien-Sälen statt. Tagesordnung: Unsere Forderungen an die Arbeitgeber.

Angestelltenarbit in der chemischen Industrie

Das letzte Verhandlungsergebnis in der Chemischen Industrie, eine 50proz. Gehaltssteigerung für den Monat August, wurde vom AFA-Bund und Gewerkschaftsbund der Angestellten angenommen. Der Deutschnationale Handlungsbund lehnte jedoch die 50 Prozent ab. Er rief den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin an, der einen Schiedsspruch über 55 Prozent fällte. Vom Arbeitgebertag ist dieser Schiedsspruch abgelehnt worden. Jetzt macht der DGB, und der mit ihm kartellierte Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter Stimmung für einen Streik. Das einseitige Streikverbot ist lächerlich und sinnlos, bedarf wohl keiner Erörterung. Das ganze Auftreten der Deutschnationalen zeigt, daß ihr unverrückbares Geistesbild einzig und allein aus autoritären Gründen erfolgt. Nachdem das Verhandlungsergebnis vom AFA-Bund und GdA angenommen war, versucht man bei den Deutschen eben im Träben zu stehen und Mitglieder zu treiben. Wenn ihnen für ihre unansehnlichen Zwecke auch alle Mittel recht sind, werden sie sich doch sehr stark täuschen.

Vom AFA-Bund ist erreicht worden, daß die Verhandlungen wegen der Septemberrückzahlung am Freitag, den 15. d. Mts. stattfinden. Ob die Deutschnationalen sich an diesen Verhandlungen beteiligen werden, steht noch nicht fest.

Nur den Monat September ist bei dem Arbeitgeberverband vom AFA-Bund eine Gehaltssteigerung von 80-90% gefordert worden. Am gleichen Tage, den 15. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126, eine Versammlung des AFA-Bundes statt, in welcher zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen werden soll.

Lohnbewegung der Freizeugehilfen

Die Lohnforderungen der Gehilfen sind von den Arbeitgebern ohne jede Verhandlung abgelehnt worden. Das Verhalten wird beanstandet, „man wolle eine Beunruhigung der Bevölkerung vermeiden, durch Festsetzung neuer Bedienstetenspreisen“. Die Lohnforderungen der Gehilfen liegen aber auf die Preissteigerung keine Wirkung aus. Um so mehr, da die Bedienstetenpreise in den letzten Wochen eine Erhöhung von 60 bis 100 Prozent erfahren haben und allwöchentlich neu geregelt werden.

Die vor drei Wochen vereinbarten Mindestwunderlohnätze von einundzwanzig Mark sind längst überholt und nicht mehr ausreichend, weder für die Lebenshaltung noch für die Ernährung und die Instandhaltung der Berufsleidenden und des Handwerkszeuges. Solange die Wirtschaftsverhältnisse es nötig machen, müssen auch im Freizeugewerbe kurzfristige Lohnvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Mindestlohnätze sind zum Teil schon überschritten. Die Organisation hat den Schlichtungsausschuss angerufen.

Handelsarbeiter der Damenwäsche, Schürzen, Unterrockbranche. Die am 12. und 13. cr. stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebertagungen führten zu keinem Ergebnis. Die von der Lohnkommission gewünschten Vorschlagszahlungen sind ebenfalls vom Arbeitgeberverband abgelehnt, so daß, falls in den nächsten Tagen keine Verständigung erfolgt, in den Betrieben auf den Ernst der Situation mit evtl. Arbeitsniederlegung aufmerksam zu machen ist.

Aufgehobene Sperre. Der Streik bei der Firma Rörting & Söhne, Stealib, Ahornstraße 6, ist beendet. Die Sperre wird vom Verband der Fabrikarbeiter hiermit aufgehoben.

Aktions-Kammerer. Am Sonnabend und Sonntag (16. und 17. September) finden in allen Bezirken in den bekannten lokalen Bezirksversammlungen statt mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu der geführten Lohnrevision. — Es ist Pflicht aller Kameraden, an dieser Versammlung zu erscheinen. Am Bezirk 20 (Neußölln) findet die Bezirksversammlung am Sonnabend (16. 9. 22) nachmittags 5 Uhr bei Balowstr., Boddin- Ecke Marktstraße statt. — Der Bezirks-